



01. Stadtratsprotokoll / 01^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 15. Januar 2020, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 15 janvier 2020 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Meuli Selma, Scherrer Martin, Schneider Veronika, Stocker Julien

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

1.	Fraktionserklärung	3
2.	Genehmigung der Traktandenliste	4
3.	Ordnungsanträge	4
4.	Mitteilungen Stadtratsbüro	6
	• Abrechnung in der Kompetenz der GPK	6
5.	Motion 20190059, Miro Meyer, JUSO, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, «Boden behalten, Biel gestalten!»	7
6.	Postulat 20190090, Mohamed Hamdaoui, CVP, «Verkauf städtischer Grundstücke: klare Regeln festlegen»	19
7.	Postulat 20190093, Benedikt Loderer, Grüne, Urs Scheuss, Grüne, «Verdichtung im Baureglement»	20
8.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200022 Julien Rochat, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Biel einschränken»	24
9.	Postulat 20190061, Olivier Wächter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Gestaltung der Badhausstrasse in Biel»	24
10.	Postulat 20190131, Bohnenblust Peter, FDP, «Unverständliche Unterlassungen: fehlende Verbindung Madretschstrasse-Mattenstrasse»	26
11.	Dringliche Interpellation 20190295, Maurice Rebetez, Fraktion PSR, «Ist die Nidaustrasse eine Transitachse?»	27
12.	Postulat 20190088, Urs Scheuss, Grüne, «Klimaschutz als Querschnittsthema»	29
13.	Postulat 20190089, Christoph Grupp, Grüne, «Bauen in Zeiten des Klimawandels»	31
14.	Überparteiliche Motion 20190084, Daniel Suter, PRR, Reto Gugger, BDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Sandra Schneider, SVP, «Nachhaltige Räumlichkeiten für die Stadtverwaltung bis 2030»	32
15.	Dringliches Postulat 20190338, Hamdaoui Mohamed, CVP, Heiniger Peter, PdA, «Für nachhaltige öffentliche Schulen»	34
16.	Postulat 20190177, Christoph Grupp, Grüne, «Bauteile wiederverwenden»	36
17.	Überparteiliches Postulat 20190128, Christoph Grupp, Grüne, Franziska Molina, EVP, Maurice Rebetez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Alfred Steinmann, SP, Andreas Sutter, FDP, Julien Stocker, GLP, «Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel»	37

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Ich übergebe das Wort an Ruth Tennenbaum für eine Fraktionserklärung.

1. Fraktionserklärung

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Im Artikel des Bieler Tagblatts vom 8. Januar 2020 stand, dass die Familie Safaryan/Mikayelyan ernsthaft von einer Ausschaffung bedroht ist. Die Kinder und die Eltern sollen zudem getrennt und in verschiedene Länder ausgeschafft werden, wobei die Familieneinheit nicht gewährleistet wäre. Dieser Entscheid verstösst gegen Menschen-, Familien- und Kinderrecht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die UNO-Kinderrechtskonvention (SR 0.107).

Wir appellieren hiermit an den Gesamtgemeinderat, die Grundrechte zu wahren und fordern Sie auf, sich für die Familie einzusetzen und die Ausschaffung zu verhindern. Aus der Vorgeschichte wissen wir, dass die Befragungen durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) offensichtlich höchst mangelhaft waren. Vom Asylgesuch bis zum Asylentscheid dauerte es gerade mal fünf Tage. Es erfolgte nie eine sorgfältige Prüfung der spezifischen Fluchtgründe und insbesondere der frauenspezifischen Fluchtgründe gemäss Art. 3 Abs. 2 Asylgesetz (SR 142.31). Bereits 2014 befasste sich Amnesty International mit diesem Fall und zeigte auf, dass die Ausschaffung und Trennung der Familie inakzeptabel ist. Wir wissen, dass alle drei Kinder in Biel geboren sind, hier aufwachsen und zur Schule gehen. Der Fall zeigt aber auch, dass in der Stadt Biel die Fachstellen, die Schule, die Vereine und die Zivilbevölkerung gute Integrationsarbeit leisten. Deshalb ist es umso stossender, eine Familie, die allen Widrigkeiten zum Trotz gut integriert ist, der Ausschaffung und Trennung in zwei nicht kooperierende Staaten auszusetzen. Die vorgebrachten Argumente der städtischen Behörden gegen einen Härtefall sind nicht nur falsch beurteilt, sondern verstossen gegen das Gesetz, namentlich das Verbot, einer lukrativen Arbeit nachzugehen! Es spricht gerade für die Familie, dass sie Schwarzarbeit strikt abgelehnt hat. Wir bitten den Gesamtgemeinderat mit Nachdruck, politisch einzugreifen und alles zu tun, damit die Integrität der Familie gesichert wird und sie hier bleiben kann. Es sind zudem die gesundheitlichen Aspekte zu berücksichtigen, da ein Kind einen Nierendefekt hat und der Vater an Diabetes leidet. Bei einer Ausschaffung wird ihr Leben unnötig gefährdet.

Die Familie lebt seit mehr als acht Jahren hier, sie ist sehr gut integriert, die Eltern wollen und können arbeiten und haben Arbeitsangebote, dürfen diese aber nicht annehmen. Die Sprachkenntnisse sind gut. Wir verlangen, dass Sie sich, geschätzter Gemeinderat, mit allen Kräften dafür einsetzen, dass die Familie Safaryan/Mikayelyan eine geregelte Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung bekommt und nicht eine provisorische Bewilligung. Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass die Familie plötzlich eines Tages ausgeschafft wird. Dies wäre vor allem für die Kinder stark traumatisierend und würde sie in eine ausgesprochen unsichere und instabile Zukunft führen. Konkret fordern wir den Gemeinderat auf, durch die Fremdenpolizei Biel seinen Ermessensspielraum wahrzunehmen und beim SEM ein Härtefallgesuch einzureichen sowie dieses nachhaltig zu unterstützen.

Die Fraktionen Grüne, SP/JUSO, Einfach Libres! und weiteren StadträtInnen danken wir Ihnen dafür!

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Beim Weibel liegt «Parlament» Nr. 3 vom September 2019 auf.

Den Dank für das Stadtratsessen vom Dezember 2019 gebe ich gerne weiter. Vor allem mit dem Anlass betraut waren das Ratssekretariat, insbesondere die Ratssekretärin, Regula Klemmer sowie die Mensa und der Hausdienst vom Gymnasium Biel-Seeland und selbstverständlich die LehrerInnen-Band. Der nächste Weihnachtsanlass des Stadtrats im Dezember 2020 ist in der Residenz Au Lac geplant.

2. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Im Gegensatz zur letzten Sitzung, habe ich die Traktandenliste wieder nach Themen geordnet. Die Idee dahinter ist, dass Vorstösse mit ähnlichen Themen direkt nacheinander behandelt werden und so ein Zusammenhang entsteht. Ich verstehe durchaus, dass einzelne Vorstösse vorgezogen werden sollen. Das Vorgehen gruppiert nach Themen ist jedoch sinnvoll. Vorschläge zu Änderungen in der Traktandenliste werde ich mir gerne anhören, der Entscheid darüber bleibt aber mir als Stadtratspräsident vorbehalten.

3. Ordnungsanträge

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO beantragt, alle Überträge vorzuziehen und die neuen Vorstösse anschliessend zu behandeln. Die Überträge sind älter und teilweise schon über mehrere Sitzungen verschoben worden. Ich bin mit dem Stadtratspräsidenten einverstanden, eine Gruppierung der Vorstösse nach Themen ist manchmal sinnvoll. Die ganze Traktandenliste umzustellen, nimmt aber jeweils viel Zeit zum ordnen der Dokumente in Anspruch.

Ausserdem beantrage ich, die Reihenfolge der Überträge beizubehalten und diese nicht jedesmal neu zu sortieren. Damit werden nicht nur die Ratsmitglieder entlastet, sondern auch das Ratssekretariat, müssen doch die Geschäfte jeweils alle wieder neu geordnet und verlinkt werden. Ich hoffe, Sie stimmen diesen beiden Anträgen zu und vereinfachen die Arbeit im Stadtrat und für das Ratssekretariat.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich muss hier erwähnen, dass wir an der Sitzung der Fraktion Grüne alle Zeichen geflucht haben. Der Aufwand für mich als Fraktionspräsident war erheblich, da ich alle Geschäfte für die Zuteilung an die Fraktionsmitglieder neu ordnen musste. Durch die geänderte Reihenfolge mussten Geschäfte nochmals überprüft werden, welche eigentlich bereits besprochen waren. Ich persönlich habe wahrscheinlich eine Stunde nur für die Vorbereitung der Fraktionssitzung aufgewendet. Bei allem Verständnis für die thematische Zuordnung,

will ich diese Zeitverschwendung nicht jedes Mal wieder auf mich nehmen. Ich mache deshalb nachdrücklich beliebt, dem Ordnungsantrag zu folgen.

Zum ersten Punkt des Antrags ist die Meinung der Fraktion Grüne geteilt. Einerseits sind die Geschäfte in der Traktandenliste bereits zugeordnet. Andererseits verstehe ich, dass es unschön ist, wenn die einen Vorstösse über mehrere Sitzungen verschoben und andere vorgezogen werden.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Ich hege grosse Sympathien für den Ordnungsantrag der Fraktion SP/JUSO. Ich gebe aber zu bedenken, dass einige Vorstösse dringlich erklärt wurden. Diese sollten auch dringlich behandelt werden. Neue Vorstösse vor Überträgen, welche als dringlich erklärt wurden, zu traktandieren, sollte vermieden werden. Ein solches Vorgehen führt das Prinzip der Dringlichkeiten definitiv ad absurdum.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Ich möchte diese Diskussion nicht unnötig verlängern. Die Fraktion Einfach libres! war über die Neuordnung der Traktandenliste erstaunt. Darüber sollte an der nächsten Fraktionspräsidienkonferenz diskutiert werden. Ich persönlich unterstütze beide Anträge der Fraktion SP/JUSO.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR partage tout à fait l'avis de Monsieur Steinmann. Il est vrai que l'on a aussi passé un long moment à remettre les affaires dans l'ordre défini par le nouvel ordre du jour. On comprend bien l'idée, aucunement farfelue, de vouloir regrouper certains sujets afin de simplifier le traitement des points à l'ordre du jour, mais, elle nous complique la tâche et certainement aussi celle du Secrétariat parlementaire. Pour ces raisons, notre groupe soutient la proposition de Monsieur Steinmann.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich weise Sie darauf hin, dass der Antrag 2 eine Empfehlung ist. Nach Art. 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 151.21) bestimmt der Stadtratspräsident die Traktandenliste.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag der Fraktion SP/JUSO, zuerst alle Überträge und anschliessend die neuen Vorstösse zu behandeln

Der Antrag wird angenommen.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP beantragt, die **Behandlung der Motion 20190175 «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5» zu verschieben.** Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass eine Konsultativabstimmung zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt werden sollte. Die Fraktion FDP teilt diesen Standpunkt. Im Moment läuft der Dialogprozess. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass dieser Prozess jetzt nicht durch äussere Einflüsse gestört werden sollte. Die Dialoggruppe soll die Gespräche ohne Druck von aussen führen. Voraussichtlich im Sommer sind erste Resultate der Diskussionen zu erwarten. Das wäre denn auch der richtige Zeitpunkt, über die Motion 20190175 im Stadtrat zu debattieren. Die Motion stellt eine Beeinflussung dar, stört

den Prozess und wäre im Moment schädlich. Die Fraktion FDP ist dafür, dieses Geschäft an die Stadtratssitzung im August zu verschieben.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Punkt 1 der vorliegenden Motion stellt aus meiner Sicht keine Forderung dar, über die nicht heute abgestimmt werden könnte. Dieser Punkt übt keinen Druck auf den Dialogprozess aus. Die Konsultativabstimmung soll nur nach einem allfälligen Scheitern des Dialogprozesses stattfinden. **Ich möchte mich dazu kurz mit den Mitunterzeichnenden austauschen und beantrage einen Sitzungsunterbruch von zwei Minuten zur Beratung.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich erteile jetzt nur zum Ordnungsantrag von Ruth Tennenbaum das Wort.

Der Ordnungsantrag von Ruth Tennenbaum auf Sitzungsunterbruch ist zurückgezogen.

Scheuss Urs, Grüne: Der Stadtrat führt die Sitzung morgen Abend fort. **Ich beantrage über den Ordnungsantrag der Fraktion FDP morgen abzustimmen.**

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Urs Scheuss

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Schneider Sandra, SVP: Da Olivier Waechter heute verspätet eintrifft und er seinen Vorstoss 20190061 «Gestaltung der Badhausstrasse in Biel» nicht vertreten kann, **beantrage ich die Verschiebung der Behandlung auf später.**

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Sandra Schneider

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

4. Mitteilungen Stadtratsbüro

Abrechnung in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 9. Januar 2020 die Abrechnung des Verpflichtungskredits 20160251 «Universelle Gebäudeverkabelung Hochhaus Kongresshaus» der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz genehmigt.**

5. Motion 20190059, Miro Meyer, JUSO, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, «Boden behalten, Biel gestalten!»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Meyer Miro, JUSO: Boden wird zum Wohnen, als Produktionsstätte oder um die Freizeit zu verbringen benötigt. Selbstverständlich muss eine derart zentrale Ressource für die Gesellschaft auch von der Gesellschaft kontrolliert werden. Die Realität ist leider anders. Der Boden in Biel und, in grösserem Ausmass andernorts, wird privat kontrolliert. In Biel gehören zumindest 25% des Bodens der öffentlichen Hand. Die Folgen der mehrheitlich privaten Kontrolle des Bodens sind höchst problematisch. Die Bodenbesitzenden in der Schweiz fahren jedes Jahr leistungsfrei CHF 25 Mia. an Gewinnen ein. Diese gewaltige Umverteilung von der arbeitenden Bevölkerung an die Bodenbesitzenden ist eine grosse Ungerechtigkeit. Einige wenige verfügen über die wichtigste Lebensgrundlage. Weniger privilegierte Menschen werden aus Städten verdrängt, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Kinder lernen schon beim Monopoly-Spiel, dass sich Eigentum lohnt. Je mehr Strassen und Häuser jemand besitzt, desto reicher wird er. Wer hingegen kein Land hat, muss Runde für Runde Miete bezahlen, bis das Geld aufgebraucht ist. Es sind jedoch nicht nur Verteilungsaspekte, welche die private Kontrolle des Bodens problematisch machen.

Privat kontrollierter Boden schränkt die Demokratie massiv ein. Wir BielerInnen können über einmal verkaufte Flächen kaum mehr Einfluss ausüben. Für das geplante Hotel hinter dem Chessu beispielsweise wurde das Land verkauft. Die Nutzungskonflikte sind, ohne Möglichkeit, dagegen vorzugehen, vorprogrammiert. Zu guter Letzt reisst der Verkauf von Boden ein grosses Loch in die Stadtkasse. Kurzfristig mögen Verkaufseinnahmen winken. Langfristig entgehen der Stadt jedoch die Einnahmen aus dem Bodenbesitz. Dieses Geld kommt anstatt der öffentlichen Hand und damit allen BielerInnen, irgendeinem Bodenspekulanten zugute. Geschätzte KollegInnen, die MotionärInnen sind im Gegensatz zum Gemeinderat nicht der Meinung, dass der Landverkauf von Fall zu Fall geprüft werden sollte. Der Moment an dem Boden verkauft wird, ist der Moment, an dem ein Fass ohne Boden entsteht. Wenn einer Firma Land verkauft wird, stehen die nächsten Interessenten schon vor der Tür. Die einzige Möglichkeit um die Verhandlungsmacht der Stadt zu stärken, ist ein generelles Verbot von Landverkäufen. Gemeinden wie Rüschlikon, Baden und Emmen kennen ein solches Verbot. Diese Gemeinden haben damit keine schlechte Erfahrung gemacht. **Die MotionärInnen halten deshalb an der Motion fest.** Niemand sollte das Recht haben, sich einen Teil unserer Welt anzueignen. Sie gehört uns allen. Mit der Erheblicherklärung der vorliegenden Motion machen wir einen ersten Schritt zur Rückeroberung des Bodens. Stimmen Sie ja und damit für eine Stadt unter demokratischer Kontrolle und gegen die Profitmacherei mit der wichtigsten Ressource.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Une fois n'est pas coutume, je vais citer notre Maire qui a dit en 2016 dans «Métropoles», une revue qui s'intéresse aux centres urbains: *«Je dirais que les deux tiers, voire les trois quarts du succès de la politique de développement de la Ville reposent sur sa maîtrise foncière» (Métropoles, 18 I 2016).*

Comme on le sait, la Ville de Bienne possède près d'un quart du foncier situé sur son territoire communal grâce à une politique foncière active initiée dès les années 1920. Que signifie une politique foncière active? Cela signifie que la Ville construit systématiquement sa stratégie de développement autour d'une combinaison de trois outils fonciers: les échanges de terrains, l'octroi de droits de superficie et l'achat et la vente de biens immobiliers, en fixant parfois des conditions contraignantes à la vente, pour des motifs d'intérêt public. C'est la combinaison de ces trois piliers qui est à rechercher, dans l'idée d'une utilisation prudente, prévoyante et économe des moyens de la Ville.

Les échanges de terrains sont réalisés avec des particuliers ou des entreprises afin de lancer rapidement des projets immobiliers, ou de débloquer le développement d'une zone d'activités, et d'assurer ainsi le développement de la Ville sur le court terme. À titre d'exemple, un simple échange de terrains en 2008 a permis de débloquer simultanément la réalisation de trois projets: le nouveau siège de Swatch, 300 logements destinés à la classe moyenne et un parc public.

Ensuite, la Ville octroie régulièrement des droits de superficie à des conditions avantageuses aux entreprises qui souhaitent s'implanter ou se développer à Bienne ainsi qu'aux coopératives d'habitation. La Ville de Bienne a une longue tradition d'utilisation des droits de superficie. Elle utilise cet instrument pour les rentrées financières, pour garder la maîtrise du sol et pour lutter contre la spéculation, s'agissant de logements à loyers abordables et d'équipements d'utilité publique.

Dans le cadre des grands projets, la Ville procède également à des ventes de terrains dont les recettes sont versées dans un fonds destiné exclusivement à de futures acquisitions foncières, ce qui lui permet de conserver sa maîtrise du sol sur le long terme et d'obtenir du bâtisseur qu'il réalise son projet dans un délai donné, ou selon des critères donnés.

Ensemble, ces trois instruments permettent à la Ville de Bienne de garder un certain contrôle sur les prix et de disposer d'une plus grande marge de manoeuvre en cas de nouveau projet d'aménagement. Interdire à la Ville de se servir d'un de ses instruments de travail, à savoir la vente, aurait des conséquences dramatiques. Cela risquerait en effet de générer des blocages définitifs lors de la concrétisation de projets de développement, ainsi qu'au cours des négociations avec les partenaires privés ou même institutionnels.

Souvenons-nous de trois projets emblématiques, qui reposent essentiellement sur la maîtrise foncière de la Ville grâce à ces trois instruments, et qui ont permis la construction de multiples infrastructures au cours des trois dernières décennies. La planification des deux premiers a débuté dans les années 1990, alors que les comptes de la Ville étaient déficitaires et qu'elle était encore en déclin.

- Le nouveau quartier d'habitation de l'aire Renfer: la ville rachète le terrain pour 20 millions de francs. Elle est capable de débloquer rapidement cette somme parce qu'elle peut vendre des terrains situés à l'extérieur des frontières communales. Cette transaction est approuvée par 72% du corps électoral biennois. Quatre ans plus tard, la Ville octroie cette parcelle en droit de superficie à une coopérative, en faisant une plus-value de 34% par rapport à la valeur d'achat. 300 nouveaux logements sont construits et plusieurs espaces verts sont aménagés le long de la

Suze. Le quartier de l'aire Renfer est donc équilibré aussi bien en termes financiers qu'en termes urbanistiques, et tout a commencé par une vente de terrains.

- Le développement de l'offre commerciale: souvenons-nous du Groupe Maus qui possédait une parcelle aux Champs-de-Boujean et qui voulait y implanter un magasin Jumbo. Le Canton refuse. La Ville débloque la situation en proposant à ce groupe un échange de terrains afin que le centre commercial soit réalisé à proximité de la future autoroute. Là, le Canton est d'accord. Quelques années plus tard, la Ville revend la parcelle échangée au magasin Hornbach. Cette vente rapporte 14 millions de fr. à la Ville, qui pourra l'utiliser pour acheter d'autres terrains. En moins d'une décennie, la combinaison des outils fonciers a donc permis à la Ville de contribuer à l'ouverture de plusieurs centres commerciaux d'envergure régionale sur son territoire. Elle a ainsi sécurisé de nombreux emplois et d'importantes recettes fiscales.

La combinaison des outils fonciers permet aussi à la Ville de financer et de construire de nouvelles infrastructures publiques:

- La construction des infrastructures sportives «Les Stades de Bienne»: le stade de la Gurzelen et la patinoire ne répondaient plus aux normes. Plutôt que de les rénover, la Ville imagine un projet regroupant les deux infrastructures sportives côte-à-côte. Mais comment réunir les 78 millions de fr. nécessaires? En combinant les outils fonciers dont elle dispose. Premièrement, elle modifie l'affectation du terrain sur lequel les stades seront construits, ce qui lui permet de multiplier par dix la valeur de ses propres parcelles et de réaffecter cette plus-value foncière au financement des infrastructures sportives. Deuxièmement, elle accorde un droit de superficie à l'entreprise Hauser Rutishauer Suter SA (HRS) et la contraint à soumettre une offre de rachat de 10 millions de fr. pour les terrains de l'ancien stade de la Gurzelen. Ensuite, la Ville vend des terrains à Rolex, qui souhaite agrandir et moderniser sa manufacture, puis réaffecte le produit de cette vente au projet des stades. La Ville finance ainsi 85% de cette nouvelle infrastructure. Le solde est payé par le Canton. Ce montage financier permet donc à la Ville de se présenter devant les électeurs et électrices avec un projet totalement autofinancé, ce qui, en plus, véhicule une image de gratuité des stades et contribue à l'acceptation de la population biennoise.

Tous ces exemples ont été réalisés sans compromettre la maîtrise foncière future de la Ville, qui n'a pas procédé à des ventes massives de terrains afin de renflouer les finances communales, mais a utilisé cette ressource de manière stratégique en combinant les outils fonciers.

Pourquoi renoncer à cet outil? Si l'on interdisait à la Ville de se servir de l'outil de la vente, comment pourrait-elle se débarrasser des immeubles qui coûtent plus qu'ils ne rapportent et qui font peser leurs charges sur les contribuables? Comment la Ville pourrait-elle continuer d'être partenaire des collectivités publiques qui l'entourent, si on lui interdisait de vendre les biens immobiliers qu'elle possède sur d'autres communes?

Adopter cette motion, cela signifierait empêcher la Ville de soigner ses infrastructures, entraver la planification de son développement futur, la condamner à voir fuir les investisseurs, qui sont souvent des innovateurs, et se résigner à une politique foncière d'un autre âge, inadaptée aux réalités actuelles. Le Groupe PRR vous propose de ne pas adopter cette motion.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP empfiehlt, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären. Der Umwandlung in ein Postulat hätte zugestimmt werden können. Der Gemeinderat hat in Aussicht gestellt, Verkaufskriterien für Einzelfälle zu erarbeiten. Aus Sicht der Fraktion FDP haben die Urhebenden vor allem ideologische Gründe für das Festhalten an der Motion. In dieser Sache zeichnet die Linke schwarz-weiss. Nicht jeder Grundstückbesitzende ist ein Bodenspekulant. Private Landbesitzer sind auch Unternehmer und tragen zum Gedeihen der Stadt bei. Zusammen mit dem linken Gemeinderat sagt die Fraktion FDP nein zur vorliegenden Motion. Der Gemeinderat verfolgt die richtige Praxis zur Weiterentwicklung der Stadt. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden wurden in Biel mit den Erlösen aus Landverkauf Investitionen für die Allgemeinheit getätigt. In der Beantwortung des Gemeinderats steht: *«Ein grundsätzliches Verbot würde jedoch die Stadt Biel jeglicher Handlungsfreiheit im abgewogenen Einzelfall berauben»*. Lassen wir uns die Hände nicht binden. Die Ausnahmepraxis soll wie bisher weitergeführt werden. Ein Kriterienkatalog würde dabei vieles erleichtern. Es ist eben nicht so, dass mit einem Verbot, wie im Vorstoss erwähnt, die Verhandlungskraft gestärkt würde. Im Gegenteil, dem Gemeinderat würden so die Hände gebunden und er wäre nicht mehr verhandlungsfähig. Allenfalls würden Unternehmen in Biel keine Arbeitsplätze mehr schaffen. Die meisten Landverkäufe sind grosse Geschäfte und kommen in den Stadtrat und sogar vor das Volk. Die demokratische Mitbestimmung ist also gewährleistet. Die Fraktion FDP versteht die Sturheit der linken Seite nicht. Ich appelliere aus Vernunftgründen, die bisherige Praxis weiterzuführen.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: CHF 7 Mio., hat die Stadt Biel durch Baurechtszinsen im Jahr 2018 eingenommen. Dieser Betrag ist hoch und zeigt, dass sich mit Bodenbesitz ohne Leistung und Aufwand und ohne einen Finger zu rühren, viel Geld verdienen lässt. Ist das richtig und gerecht? Genauso wichtig ist aber auch die Frage, wer von diesen Einnahmen profitiert. Sind es reiche InvestorInnen und Spekulanten oder ist es die Allgemeinheit? Bleibt der Boden im Besitz der Stadt Biel, profitieren die EinwohnerInnen. Die Allgemeinheit kann demokratisch entscheiden, was mit den Erträgen geschehen soll. Gewinnt das Land an Wert, was bei einem knappen Gut wahrscheinlich ist, profitieren die BielerInnen. Wird der Boden jedoch verkauft, profitieren die EigentümerInnen. Sie entscheiden völlig undemokratisch. Die Bieler Bevölkerung hat dazu nichts mehr zu sagen und profitiert nicht mehr von dieser wichtigen Einnahmequelle.

Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass die Einnahmen aus dem Baurecht langfristig gesichert werden müssen. Die BielerInnen sollen weiterhin demokratisch über die Verwendung der Baurechtszinsen entscheiden können. Dafür muss der Boden im Eigentum der Stadt bleiben. Die Fraktion SP/JUSO wird deshalb den Vorstoss als Motion erheblich erklären. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass ein generelles Verbot von Landverkäufen nicht notwendig ist. Die Geschäfte werden ja dem Stadtrat vorgelegt. So einfach ist das aber nicht. Der Stadtrat wird immer wieder seiner Entscheidungskompetenz beraubt. Immer wieder werden dem Stadtrat Geschäfte vorgelegt, die angenommen werden müssen. Die vorliegende Motion ist deshalb wichtig und schafft Klarheit. Mit eindeutigen Spielregeln kann der Gemeinderat den Stadtrat nicht mehr mit Verkaufsgeschäften quasi erpressen.

Die vorliegende Motion verbessert ausserdem die Verhandlungsposition des Gemeinderats gegenüber interessierten Unternehmen. In diesem Punkt bin ich mit

Peter Bohnenblust nicht einverstanden. Unternehmen, die sich in Biel ansiedeln wollen, gewinnen Klarheit, wenn sie das Land ausschliesslich im Baurecht erhalten. Der Gemeinderat wird aus der Erpressbarkeit durch die Unternehmen befreit. Wenn ein Unternehmen so viel Wert auf seinen eigenen Landbesitz legt, kann Land von Privaten gekauft und mit der Stadt getauscht werden. Herr Paronitti, Sie haben vorhin von Landabtausch gesprochen. Mit der vorliegenden Motion ist das immer noch möglich. Sie haben auch erwähnt, dass die Stadt Biel ihre Infrastruktur durch Landverkäufe finanziert. Was passiert, wenn die Stadt kein Land mehr hat? Dieser Ansatz ist zu kurz gedacht und geht langfristig nicht auf. Für die Stadt hingegen, lohnt sich Landbesitz finanziell immer. Die Fraktion SP/JUSO ist überzeugt, dass die vorliegende Motion ein wichtiges und richtiges Instrument ist. Das Land bleibt als Volksvermögen im Besitz der Stadt und die Unternehmen werden dazu gebracht, das Land im Baurecht zu erwerben. Wir bitten Sie, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: La vente de terrains communaux représente toujours un enjeu de taille qu'il faut considérer avec prudence et bon sens. Cette motion a au moins le mérite de créer le débat et de prendre certainement soin de nos terrains. Par contre, c'est un petit bémol pour les JUSO. Le Groupe PSR est d'avis qu'une interdiction totale de vente de terrains serait trop contraignante pour la Ville. Il serait préférable de rester vigilant et d'adopter un comportement responsable en matière de vente ou de mise à disposition de terrains. Selon le rapport final «Le droit de superficie sous la loupe» de Wüest Partner AG, mandaté par l'Office fédéral du logement je cite: *«Des villes telles que Berne, Bienne ou Bâle affichent une densité double de droit de superficie que la moyenne suisse et sont connues pour cette raison en tant que «capitales» des droits de superficie»*.

L'analyse souligne également plusieurs paramètres importants. Avec les récents efforts de densification notamment induits par la Loi sur l'aménagement du territoire (LAT), on vise à densifier les constructions dans les centres. L'octroi de droits de superficie favorise cette densification effective. Dans ce contexte, on peut partir du principe que le droit de superficie gagnera en importance à l'avenir et que cette évolution profitera en particulier aux coopératives d'habitation, car ces dernières acquièrent souvent des terrains des pouvoirs publics en droit de superficie.

Il est également intéressant de constater que le Canton de Bâle-Ville, qui a accepté une initiative sur le sol, n'est plus autorisé à vendre des terrains, à moins d'avoir des problèmes financiers. Il peut uniquement octroyer des terrains en droit de superficie. Dans ce contexte, favoriser au maximum le droit de superficie reste donc un objectif majeur pour notre groupe. Par contre, il serait certainement regrettable et trop contraignant de remplacer le bon sens par le simple fait d'avoir des problèmes financiers. Ce n'est peut-être pas très judicieux à ce moment-là. Le Groupe PSR restera donc vigilant sur ce point et est d'avis que la Ville de Bienne doit s'engager sur un principe de base favorisant quasi à tout prix, de façon quasi contraignante aussi, le droit de superficie, mais sans passer par la case interdiction de vente. Le Groupe PSR propose donc de suivre la proposition du Conseil municipal.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Peter Bohnenblust hat erwähnt, dass die MotionärInnen den Vorstoss aus ideologischen Gründen eingereicht haben. Die Urhebenden haben jedoch zahlreiche andere Argumente und Gründe vorgebracht. Alles Wichtige wurde bereits gesagt. Ich füge nur noch einen zusätzlichen Punkt an:

Warum soll eigentlich Land verkauft werden? Es gibt nicht soviel davon und es muss Sorge dazu getragen werden. Sorgfalt und Langfristigkeit bleibt mit der Abgabe im Baurecht in den Händen der Stadt.

Loderer Benedikt, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne wird die vorliegende Motion unterstützen. Nach dem Franzoseneinfall 1798 wurde das Vermögen der Stadt Biel zu Nationalgut erklärt und billig verscherbelt. Einige Familien in Biel haben davon profitiert. Ein gewisser Herr Schwab, wie das gleichnamige Museum, hat sich bei dieser Gelegenheit bedient und sich daraufhin wirtschaftlich recht gut entwickelt. Wer von Ihnen weiss denn, ob die Stadt Biel nicht in naher oder ferner Zukunft pleitegeht und ihr Vermögen verscherbelt?

Wiher Max, Fraktion GLP+: Allgemein gelte ich nicht gerade als Schmeichler des Gemeinderats. Der Gemeinderat hat jedoch in den letzten Jahrzehnten eine gute Bodenpolitik zum Wohle der Stadt gemacht. Die Idee hinter dem Vorstoss finde ich im Grundsatz sympathisch. Die Stadt soll kein Land verkaufen. Es gibt aber immer Ausnahmen, bei denen ein Landverkauf unumgänglich wird. Es mag selten vorkommen, muss aber möglich sein. Die Fraktion GLP+ bedauert, dass die MotionärInnen mit der Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden sind. Das Postulat hätte die Fraktion GLP+ sehr gerne unterstützt, die Motion geht jedoch zu weit.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je souhaite tout d'abord remercier Messieurs Paronitti et Rebetez pour leurs discours, qui m'ont bien plu sur le fond. Comme déjà discuté lors des derniers débats au Conseil de ville pour la vente de terrain à l'entreprise Power Concept, ladite motion est à la mesure des motionnaires: extrême. Il faut, comme le Conseil municipal le propose, laisser de la marge de manoeuvre et une certaine flexibilité au cas par cas. Il faut faire confiance au Conseil municipal qui doit, parfois, céder à la pression de certaines entreprises, si au bout du compte elles apportent de l'emploi. De plus, comme mentionné dans la réponse, la Ville a pu profiter de ces ventes, pour financer d'autres projets.

Je ne vais pas entrer davantage dans les détails, car je trouve que Monsieur Paronitti les a déjà tous mentionnés. Je souhaite encore ajouter que l'idée des JUSO est choquante, ceci même si elle va très bien avec leur idéologie. Par contre, le nombre de signataires de la motion est tout à fait choquant, et la question de leur bon sens en matière d'économie se pose! Un terrain vendu est synonyme d'emplois, alors personnellement je signe. Je préfère vendre du terrain pour que des entreprises s'y installent plutôt que devoir m'inscrire au chômage. Le Groupe UDC/Les Confédérés propose de ne pas adopter la motion.

Ogi Pierre, PSR: Le terrain est tellement important que des industriels, ayant pour objectif de s'installer à Bienne, font du chantage s'ils ne peuvent pas l'acheter. Il est donc capital de garder ces terrains. J'en veux pour preuve la réponse dans les médias du Maire de Brugg concernant l'installation du Centre hospitalier de Bienne à Brugg. Il affirme que les terrains ne devraient pas être vendus à des industriels. En effet, ces derniers exigent des accords financiers pour s'implanter et ne sont donc, de ce point de vue, pas intéressants. Alors, c'est bien beau de parler emplois, mais encore faut-il qu'ils soient créés pour la population locale. En me rendant à Belfort, j'ai pu me rendre compte que la Ville de Bienne est très bien connue par les Français qui souhaitent travailler à Bienne. Est-ce cela que la Ville de Bienne souhaite? Il faut rappeler que les

travailleurs frontaliers ne dépensent pas leur argent sur notre territoire. Il y a cinq ans, les socialistes étaient favorables aux industries qui voulaient s'installer à Bienne, car elles proposaient des emplois pour la région. Malheureusement, avec la création des autoroutes, les travailleurs proviennent de partout, sauf de Bienne. Il est donc très important de garder ces terrains, car le Conseil municipal pourrait renforcer sa position en demandant quelque chose en retour, plutôt que juste offrir.

Tous les échanges de terrains sont possibles et imaginables. Madame la Directrice des finances pourra ensuite faire venir à Bienne des industries de pointe. Il est à noter que la Ville de Bienne, avec 800 millions de fr. de dettes fait très fort, et je ne vois pas ce que les industries ont apporté à la Ville de Bienne. Je pense que l'octroi de terrains en droit de superficie apporte plus que la vente à la Ville. On a pu le constater avec le dernier bâtiment construit par Rolex. Les nouveaux industriels font du chantage à la Ville, donc il faut utiliser le droit de superficie comme atout. La Maison du Peuple a été conservée pour cette raison, sinon il y aurait longtemps que ce terrain serait liquidé. La logique de base est de savoir qu'aucun industriel ne s'implante à Bienne s'il ne peut pas faire de bénéfice. Je soutiens donc totalement les jeunes socialistes et regrette de ne pas avoir eu cette idée avant.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Le doute m'habite en permanence mais je suis toutefois sûr que le Conseil municipal n'a pas l'intention de jouer au Monopoli avec les terrains qui appartiennent à la Ville. De plus, les quelques fois où le Conseil municipal est confronté à une telle éventualité, une pesée d'intérêts doit se faire en matière de politique foncière, de création d'emplois, de rentrées fiscales et de l'image de la Ville de Bienne. Dire non à la vente me semble irresponsable. C'est pour cette raison que je ne suis pas d'accord d'adopter cette motion.

Il y a un autre problème, qui est démocratique. Si une proposition de vente d'un terrain de la Ville de Bienne pour un projet concret est faite, ce projet est soumis au Conseil de ville et, le cas échéant, aussi au Peuple. Cela veut dire que le Conseil de ville et les citoyens peuvent dire oui ou non, mais nous avons au moins la possibilité de nous prononcer sur quelque chose de stratégique. Avec cette motion, on va se priver de quelque chose d'important. Le Conseil de ville et le Peuple devront uniquement voter sur le changement des canalisations! Je trouve cela incroyable.

La première discussion sur l'affaire AggloLac et celles concernant Power Integration posaient des questions sur l'avenir de notre Ville et constituaient de ce fait des débats fondamentaux, mais avec une telle motion, de tels débats ne seront plus possibles. Si je me mets à la place des maires des villes ou villages avoisinants, je me dis que les biennoises et biennois sont incroyables dans la mesure où ils forment du personnel qualifié, mais refusent qu'une entreprise s'installe à Bienne en achetant du terrain. Je peux donc accueillir cette entreprise sur mon propre terrain communal et utiliser le personnel formé à Bienne! Je ne comprends pas cette mentalité qui estime que le mot «profit» est un gros mot. Je pense que l'économie de marché doit fonctionner, pour autant qu'elle soit régulée. Je ne peux pas imaginer qu'une entreprise vienne s'installer quelque part sans vouloir faire de profit, car elle ne sert à rien!

Je suis vraiment désolé, mais j'aurais uniquement pu éventuellement adopter cette motion si elle avait été transformée en postulat. J'espère que cette motion sera rejetée et que, tout à l'heure, vous accepterez mon postulat «Vente de terrains municipaux:

établir des règles claires», sans le classer. Ceci pour dire d'une manière très claire que, même si demain, il devait y avoir un changement au Conseil municipal, qu'il bascule à droite, soit proche des méchants capitalistes et veuille soudainement vendre tous les terrains, il ne puisse le faire qu'aux conditions qui auront été décidées aujourd'hui.

Grupp Christoph, Grüne: Eigentlich gehe ich mit den Äusserungen von Maurice Paronitti einig. Er hat eine ganze Reihe von Geschäften aufgezählt, bei denen ein Landverkauf sinnvoll war, beispielsweise für Bieler Land ausserhalb der Gemeindegrenzen. In solchen Fällen ist ein Landverkauf durchaus angebracht. Von diesem Standpunkt aus gesehen, müsste ich eigentlich dem Gemeinderat folgen. Die in der Motion geforderte Ausschliesslichkeit ist störend. Aus Vertrauensverlust kann ich dem Gemeinderat jedoch nicht folgen. Der Vertrauensverlust geht auf die letzten beiden grösseren Geschäfte von Landverkauf zurück und äussert sich sowohl gegenüber dem Gemeinderat als auch der Mehrheit des Stadtrats.

Das erste Geschäft betrifft das Taubenloch-Areal. Das Gelände mitten in der Stadt ist strategisch für die Stadtentwicklung. Was dort passieren soll und wie dies in die heute intakte Quartiergemeinschaft eingreift, bleibt offen. Wurde das Land bereits verkauft und wird das geplante Hochhaus gebaut? Niemand weiss Bescheid. Mitten in der Stadt klafft ein Loch. Von mir aus gesehen ist dieser Landverkauf ein Betriebsunfall.

Der zweite Fall betrifft die Firma Power Integrations. Das Unternehmen wollte sich nur unter der Bedingung eines Landkaufs in Biel ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen. Für mich kommt das einer Erpressung sehr nahe. Aus unternehmerischen Gründen ist ein zwingender Landkauf nicht nachvollziehbar.

Mit diesen beiden Fällen vor Augen muss ich leider einen Vertrauensverlust in den Gemeinderat eingestehen. Ich finde ein generelles Verkaufsverbot eigentlich nicht sinnvoll. Ich würde der vorliegenden Motion allenfalls nicht zustimmen, wenn der Gemeinderat hier und jetzt aufzeigt, wie er die Erpressbarkeit zukünftig verhindert. Ausserdem soll mitten in der Stadt Biel kein Land verkauft werden, das für die weitere Quartierentwicklung zentral ist. Wenn mir der Gemeinderat diese Zugeständnisse nicht ausreichend glaubwürdig versichert, werde ich die vorliegende Motion erheblich erklären.

Brunner Thomas, EVP: Vertrauen und Verbot sind tatsächlich zwei Gegenspieler. Ich gebe zu, dass Vertrauen in der Politik nicht immer einfach ist, auch für mich nicht. Trotzdem ist Vertrauen und nicht Verbote die Basis für die Demokratie. Vertrauen muss immer wieder neu erarbeitet werden. Ein Verbot führt in die falsche Richtung, genauso wie die Schwarzmalerei von Herrn Loderer aus der Franzosenzeit. Ich vertraue auf die Gewaltentrennung. Ich denke, dass wie bisher weitergemacht werden muss. Die vorliegende Motion mit ihrem Verbot ist deshalb abzulehnen.

Clauss Susanne, SP: Ich gehe kurz auf die vorgebrachte Äusserung ein, die Linke würde ideologisch argumentieren. Land zu besitzen und nicht zu verkaufen ist kein unlinks Anliegen. Ich erinnere an die Burgergemeinden, die seit Jahrhunderten ihr Land besitzen und behalten. Ich erinnere ausserdem an die Allmenden in den Landgemeinden, die nie verkauft werden. Ich nehme an, die Besitzer wissen genau weshalb. Ich stimme deshalb der vorliegenden Motion zu.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich sehe den Verzicht auf Landverkauf nicht nur als schlichtes Verbot. Warum sollte Land ohne Not verkauft werden? Die beiden von Christoph Grupp erwähnten Fälle kamen nur durch Landverkauf zustande. Tatsächlich wurde der Gemeinderat damit unter Druck gesetzt. Ein künftiges Verbot kann demnach eine Stütze bei Verhandlungen sein.

Leuenberger Bernhard, FDP: Zu meiner Schande kenne ich persönlich die Geschichte von Herrn Schwab und dem Museum Schwab nicht. Ich habe vor, darüber Nachforschungen anzustellen. Offenbar war Herr Schwab wirtschaftlich sehr erfolgreich. Herr Loderer stellt diesen Erfolg jetzt negativ dar. Für mich ist wirtschaftlicher Erfolg überaus positiv und nützt letztendlich allen. Die Unternehmungen in der Stadt Biel, die Land gekauft haben, heute florieren und Arbeitsplätze schaffen, bezahlen Steuern, und zwar nicht nur als Unternehmen, sondern auch durch ihre Angestellten. Diese Steuergelder ermöglichen die Schaffung von Beamtenstellen nicht nur in der Stadt, sondern auch bei Kanton und Bund. Wie sollen diese Ihrer Meinung nach ohne erfolgreiche Unternehmen finanziert werden? Es gibt sachliche Gründe, warum Eigentum angestrebt wird und Baurecht nicht möglich ist. Beispielsweise ist die Finanzierung im Baurecht wesentlich schwieriger als im Grundeigentum. Das Baurecht läuft irgendwann ab. Im Stadtrat wurde verschiedentlich über den Heimfall diskutiert. Banken zögern bei Finanzierungen im Baurecht eher. Diese Punkte müssen in die Diskussion miteinbezogen werden. Ich unterstelle der Fraktion SO/JUSO nur laudable Motive. Ihre Begründung ist aber ziemlich weltfremd.

Ich mache Ihnen beliebt, das interessante Omega-Museum zu besuchen. Dort wird in einer kurzen Präsentation die Geschichte der Omega erzählt. Ende des 19. Jahrhunderts herrschte in Biel eine grosse Krise. Der Stadtrat hat sich damals für eine sofortige Wirtschaftsförderung entschieden. Eine Abordnung besuchte daraufhin Unternehmer in La Chaux-de-Fonds um sie nach Biel zu locken. Argumente waren die günstige Landabgabe und die Befreiung von der Steuerpflicht während zehn Jahren. Unter den Betrieben befand sich auch ein kleines Unternehmen namens Brandt, das sich entschied, nach Biel umzusiedeln. Nach ein paar Jahren in Biel wurde die Omega gegründet. Vielen anderen Betrieben ging es damals ebenso.

Mich erstaunt das Votum von Pierre Ogi. Bei den geschaffenen Stellen handelt es sich nicht nur um GrenzgängerInnen. Viele EinwohnerInnen von Biel arbeiten dank diesen Unternehmen in der Stadt.

Ich finde das Baurecht vernünftig und befürworte diese Möglichkeit, gerade im Zusammenhang mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Es gibt jedoch immer Ausnahmen, wie beispielsweise diejenige der Power Integrations. Die Firma operiert nach US-amerikanischem Recht, in welchem das Baurecht nicht aktiviert werden kann. Diese sachlichen Gründe müssen respektiert werden. Ich habe Vertrauen in den Gemeinderat und finde, dass er eine gute Bodenpolitik betreibt. In den letzten Jahren wurde im Stadtrat äusserst selten über Landverkäufe diskutiert. In der Regel wird auch an Unternehmungen das Land im Baurecht abgegeben. Es braucht eine gewisse Flexibilität und diese ist unter anderem ein Garant für eine prosperierende Stadt Biel.

Meyer Miro, JUSO: Ich reagiere auf Ihre Äusserungen, Herr Leuenberger. Sie sprachen von gewaltigen Steuereinnahmen für Biel, die nur durch den Landverkauf an angesiedelte Firmen ermöglicht werden.

1. Ein grosser Anteil der Steuereinnahmen kommt von Unternehmen, die Land im Baurecht bekommen haben.
2. Ob die Unternehmen nicht hier wären, wenn sie das Land nicht hätten kaufen können, ist nicht gesagt. Sie unterstellen diesen Sachverhalt.

Die Unterschiede, ob das Land verkauft oder im Baurecht abgegeben wird, sind minim. Ich finde es sehr gewagt zu sagen, das Wohl der Stadt hänge von der Möglichkeit des Landverkaufs ab. Es gibt zahlreiche Gemeinden, welche kein Land verkaufen und damit sehr gut fahren. Es gibt keinen Grund, so alarmistisch zu sein.

Loderer Benedikt, Grüne: Ich bringe zwei kleine Korrekturen an, Herr Leuenberger. Ich lobe Herrn Schwab für seinen Erfolg als Unternehmer. Es bleibt festzuhalten, dass Herr Schwab zu den wenigen gehörte, die genug Geld hatten, um Land kaufen zu können. Er hat es zum Spottpreis gekauft, das ist der entscheidende Punkt. Anzumerken bleibt ausserdem, dass die Firma Louis Brandt & Fils das Land nicht von der Stadt gekauft hat. Auf dem Grundstück befand sich eine Weberei, welche Pleite gegangen war.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich bringe noch einen wichtigen Punkt zum Baurecht an. Ich bin keine Unternehmerin, sondern wohne im Baurecht. Es ist nicht wahr, dass die Finanzierung komplizierter ist. Wohnbauten im Baurecht sind sogar einfacher zu finanzieren. Für mich ist das eine Einstellungssache und sonst gibt es keinen Unterschied.

Koller Levin, JUSO: Bereits mehrmals wurde der Landverkauf an die Power Integrations angesprochen. Die Fraktion SP/JUSO stellte damals in Stadtrat einen Rückweisungsantrag. In der Debatte wurde argumentiert, dass es unzumutbar sei, das Ganze nach mehrjährigen Verhandlungen abzulehnen. Heute nehme ich zur Kenntnis, dass eine generelle Regelung nicht erwünscht ist. Die allfällige Ablehnung eines jahrelang verhandelten künftigen Geschäftes wird vorgezogen. Mit der vorliegenden Motion könnte ein solches Szenario vermieden werden. Ich wende mich an den Gemeinderat: Die Fraktion SP/JUSO wird auch in Zukunft Geschäfte mit Landverkäufen bekämpfen und allenfalls das Referendum ergreifen, sollte der vorliegende Vorstoss nicht erheblich erklärt werden.

Paronitti Maurice, PRR: Je constate qu'au fil des années, cette politique d'échange, de vente/achat ou d'octroi de droit de superficie de terrains a été systématiquement soutenue par notre population car, finalement, les coûts s'équilibrent et cela ne charge personne. La Ville structure sa capacité d'action par sa maîtrise foncière, basée sur les trois piliers que j'ai mentionnés tout à l'heure, et du soutien politique dont elle bénéficie. Il ne faudrait pas oublier cela. Je rappelle que la récession que nous avons vécue pendant de longues années a maintenu les prix du foncier à un niveau bas, ce qui a permis à la Ville d'acheter des terrains et de soutenir une politique foncière active. Une gestion à long terme de cette ressource et la nécessité de coopérer avec les acteurs privés sont aussi des paramètres à ne pas oublier. Aujourd'hui, ces terrains ont pris de la valeur et sont de précieuses réserves. Elles peuvent rapporter gros en cas de vente, toujours avec pour objectif le financement postérieur d'infrastructures collectives obligatoires et, cela, vous l'avez oublié. Je pense notamment aux écoles, à la viabilité et à la mobilité douce, qui sont des thèmes qui devraient vous intéresser, sans parler des mesures à adopter pour attirer de nouveaux contribuables.

Monsieur Koller, le malentendu fondamental entre nous réside en ceci: la Ville n'agit pas comme un spéculateur privé. Elle est tenue de défendre l'intérêt public. Ses gains fonciers servent à la politique foncière et non, par exemple, à renflouer ses caisses. Si tel était le cas, elle n'aurait très rapidement plus aucun terrain ou immeuble et, cela, personne ne le veut. La Ville ne peut pas non plus spéculer pour spéculer. Vous devriez savoir quelle est l'affectation des produits des ventes immobilières par la Ville, et il me semble que vous l'avez un peu oublié dans votre motion. La Ville n'a aucunement besoin de céder à de quelconques pressions de spéculateurs!

Francescutto Luca, UDC: Je souhaite juste ajouter qu'en politique, il faut avoir aussi un peu de bon sens. Il y a des domaines que l'on maîtrise, d'autres moins et d'autres encore que l'on doit apprendre. Lorsqu'on parle de JUSO, on parle de jeunesse et lorsqu'on entend Monsieur Leuenberger expliquer en quelques mots et de manière très claire la situation, soit on est stupide et on ne peut le comprendre, soit notre égo est trop grand. À mon avis, après l'intervention de Monsieur Leuenberger, tout le monde devrait réfléchir et se dire que cette solution n'est pas viable. Je vous demande donc à vous, JUSO, de laisser votre égo et votre idéologie de jeunes étudiants un peu de côté et de réfléchir.

Heiniger Peter, PdA: Ich danke Ihnen für die Steilvorlage, Herr Francescutto. Die jungen Studierenden werden von einem alten Kommunisten unterstützt. Warum unterstütze ich die vorliegende Motion? Land und Boden muss Allgemeingut sein. Deshalb muss das Gut unveräusserlich in der Gemeinde bleiben. Die Vorgänge mit der Firma Power Integrations oder dem Taubenloch-Areal haben erpresserische Züge. Mit der vorliegenden Motion hat der Stadtrat die Möglichkeit, solche Situation künftig zu verhindern. Firmen können weiterhin in die Stadt Biel geholt werden ohne sich Sachzwängen auszuliefern. Die Motion muss erheblich erklärt werden. Die Jugend liegt nicht immer falsch!

Steidle Silvia, directrice des finances: C'est un débat important sur la politique foncière qui est mené ce soir. À l'instar d'autres villes, la situation de la Ville de Bienne est très favorable étant donné que nous avons une longue tradition relative à l'achat et la mise à disposition de terrains en droit de superficie. La volonté de la politique biennoise de maîtriser le sol, de se développer, de disposer de règlements, de plans de construction et d'urbanisation, mais aussi de nombreux terrains, date des années 40. Je fais aussi un petit rappel historique, Monsieur Loderer, car cette politique a été lancée par Monsieur Guido Müller, qui était maire à l'époque. La Ville de Bienne a commencé à acquérir des parcelles afin de disposer de terrains pour assurer son bon développement et améliorer surtout les conditions de logement. Il y a 60 ans, Bienne disposait de 10% des terrains. Seuls 2% de ces terrains étaient construits, 15% étaient utilisables et le reste était essentiellement constitué de champs et de voies de communication. Les champs sont très importants. On en parle aujourd'hui car ce sont les fameux Champs-de-Boujean. Ils représentent la réserve financière qui s'avérera extrêmement importante dans les décennies suivantes, afin de développer la Ville. En consultant les rapports de gestion des années 40, vous verrez quelque chose de très intéressant. Alors même que la Ville se trouvait dans une politique active d'acquisition des terrains, les ventes de terrains étaient également usuelles. Jamais dans l'histoire de Bienne une interdiction, comme celle proposée actuellement, n'a été introduite, même lorsque la droite de l'échiquier politique était opposée à l'instrument du droit de superficie. L'interdiction est peut-être importante pour certaines communes comme

Rüschlikon, qui possèdent peu de terrains. Elle n'est pas nécessaire à Bienne, car la situation est différente et le Conseil municipal veille à pérenniser cette situation. Cette politique se poursuit, aujourd'hui, mais ce qui a changé par rapport à l'époque est qu'elle est soutenue par l'ensemble de l'échiquier politique.

Bienne se trouve dans une situation exceptionnelle puisqu'elle possède plus du tiers des terrains de la Ville. La plupart d'entre eux sont en zone constructible ou susceptible de le devenir. Le Conseil municipal continue d'acquérir des terrains à des fins publiques, comme des écoles, des zones vertes, des routes.

Monsieur Ogi, l'idée qu'un terrain rapporte toujours est fausse. Il faut avoir pour cela quelqu'un qui vous paie une rente de droit de superficie. L'interdiction pure et simple de vente de terrain serait totalement anachronique dans notre histoire. Elle serait dangereuse. Je l'ai déjà expliqué, elle part d'une fausse bonne idée. Elle imposerait un état de fait qui pourrait être combattu lors de changements de majorité politique, alors que dans la pratique et jusqu'à présent, il n'y a aucune opposition aux droits de superficie. Il faudrait donc pouvoir continuer d'agir ainsi. La vente doit pouvoir rester possible. Je ne pense pas seulement à des ventes de terrains à des entreprises, mais aussi à des ventes de terrains au Canton, lors d'aménagement de routes cantonales.

La demande du Parlement biennois d'accorder les terrains en droit de superficie pour le projet AggloLac, soutenue par une majorité, est au sens du Conseil municipal un signal beaucoup plus fort que la motion dont on parle maintenant. Les investisseurs entendent et comprennent que les temps ont changé et qu'on ne peut pas tout simplement acheter les terrains, mais qu'il faut compter avec le droit de superficie. Je rappelle que pour chaque objet, le Conseil de ville, respectivement le Peuple, peut et doit se prononcer. Le contrôle démocratique est en ce sens totalement garanti. Je tiens à préciser que personne ne peut mettre le Conseil municipal sous pression tout comme personne ne peut mettre le Parlement ou le Peuple sous pression.

Monsieur Grupp, vous demandez des garanties. Je ne peux bien entendu pas vous citer tous les terrains et ventes auxquels la Ville a renoncé, mais je peux vous donner quelques exemples. Lorsque le Conseil municipal a négocié avec Alpine Finanz Immobilien AG pour le terrain acquis en droit de superficie, nous avons, dès le début, donné l'information que cette parcelle ne leur serait pas vendue, mais octroyée en droit de superficie, car ils étaient déjà propriétaires de toutes les autres parcelles. Ils ont accepté cette proposition. Je ne peux pas vous donner d'exemples, aujourd'hui, d'affaires où la proposition du Conseil municipal n'a pas été acceptée et où les investisseurs n'ont pas conclu de contrat.

Cependant en transformant la motion en postulat et en l'adoptant, le Conseil municipal propose de rassurer également les personnes qui en ont encore besoin, en développant des critères et en les exposant au Conseil de ville. Le postulat de Monsieur Hamdaoui qui suivra demande d'établir des règles claires concernant la vente de terrains municipaux.

Le Taubenloch Areal est estimé comme stratégique par le Conseil de ville, même si le Conseil municipal n'est pas de cet avis. Il faut peut-être s'entendre lorsque l'on parle de valeur stratégique. Le Conseil municipal propose de développer des critères dans le cadre d'un postulat. L'interdiction de la vente de terrains, alors que la Ville en

possède une très grande partie, ne manquera pas de faire augmenter les prix des autres terrains encore vendables. La politique des coopératives d'habitation, qui vise 20% de logements d'ici à 2035, pourrait également être mise en péril. Il faut savoir que beaucoup de coopératives possèdent leurs terrains en droit de superficie, mais il y a également beaucoup de coopératives qui ont acheté des terrains et cela pourrait également les toucher.

Je l'ai dit et le répète, l'idée est noble, mais les conséquences sont perverses en raison de la situation particulière de la Ville de Bienne. Voici les raisons pour lesquelles le Conseil municipal vous demande de transformer cette motion en postulat, ce qui lui permettra d'établir des critères permettant de rassurer les parties. J'espère qu'avec mes explications, respectivement avec cette proposition, le Conseil municipal peut vous assurer que la politique foncière est adaptée et bonne pour la Ville de Bienne.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

6. Postulat 20190090, Mohamed Hamdaoui, CVP, «Verkauf städtischer Grundstücke: klare Regeln festlegen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je ne vais pas refaire tout le débat de fond. Avec ce postulat, je propose un compromis car je considère que cela fait progresser notre pays et la Ville de Bienne. Avec le rejet de la motion précédente, le message qui a été donné est que le Conseil municipal doit pouvoir disposer d'une marge de manoeuvre pour, lorsqu'il le juge utile, proposer une vente de terrain avec l'aval du Conseil de ville et le cas échéant du Peuple. Le débat l'a prouvé, les craintes sont légitimes et je les partage. Ce que je propose avec ce postulat est que le Conseil municipal s'engage à apporter un certain nombre de garanties afin que les ventes puissent être réalisées avec des critères clairs. Je ne comprends pas très bien la cohérence du Conseil municipal, qui proposait de transformer la motion précédente, très stricte, en postulat et qu'il propose de radier du rôle mon postulat. Cela n'a aucun sens. **Je vous propose donc d'adopter mon postulat et de ne pas le radier du rôle.** On pourrait d'ailleurs écourter les débats si le Conseil municipal renonçait à radier du rôle mon postulat.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je me permets de prendre la parole vu le débat qui vient de se dérouler. J'ai consulté mes collègues et le Conseil municipal serait prêt à suivre la demande de Monsieur Hamdaoui.

Abstimmung

- über den Antrag des Postulanten, den Vorstoss erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

7. Postulat 20190093, Benedikt Loderer, Grüne, Urs Scheuss, Grüne, «Verdichtung im Baureglement»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Loderer Benedikt, Grüne: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, in welcher er dem Problem meisterhaft ausweicht. Selbstverständlich hat die Stadt Biel eine baurechtliche Grundordnung (Baureglement; SGR 721.1), die, wie der Gemeinderat festhält, vergleichsweise flexibel ausgestaltet ist. Ich bin auch überzeugt, dass die Ausnahmen klug und gerecht angewendet werden. Es freut mich, dass damit keine Mehrnutzung entsteht, denn diese würde ja die Rechtsgleichheit verletzen. Auch die Zonen mit Planungspflicht begrüsse ich ebenso wie die Sondernutzungsplanung.

Kurz, es herrscht der richtige, da rechtsgültige Zustand. Etwas schwieriger wird es, wenn der Gemeinderat vom Allgemeinen ins Besondere vorrückt und Beispiele nennt. Es sei fern von mir, das Gaswerksareal zu schmähnen oder das Gygaxareal herabzusetzen. Auch das Masterplangebiet verdient Anerkennung. Leider ist für den Gemeinderat Verdichtung eine Angelegenheit mit dem grossen Massstab. Er schreibt von Projekten, bei denen leere Grundstücke gefüllt oder Industriebrachen nutzbar gemacht werden. Danach habe ich nicht gefragt. Es geht um die Verdichtung im Bestand. Im «Hüsligebiet» schlummern die Reserven. Die Eltern werden alt und das Haus ist zu gross. Die Jungen finden kein Grundstück mehr, da die Bauzonen ausgeschöpft sind. Da ist es naheliegend, dass sich die Familie überlegt, wie am bestehenden «Hüsli» angebaut oder aufgestockt werden könnte. Allenfalls könnte ein zweites «Hüsli» in den zu grossen Garten gestellt werden. Dies ist aber heute nicht möglich. Der Grenzabstand verbietet dies ebenso wie die Bauzonenordnung die Aufstockung. Die Bauvorschriften verhindern die Verdichtung. Meine Frage war, ob sich da etwas ändern liesse. Leider erhalte ich darauf keine Antwort. Ich wollte nur wissen, ob der Gemeinderat die Vorschriften ändern könnte. Die Stadtplanung muss nichts neu erfinden. Sie kann sich an der Berner Fachhochschule bedienen und beim Bauamt Langenthal nachfragen. Gemeinsam haben diese ein Stück Langenthal in den Computer gesteckt und ausprobiert, was geschieht, wenn die Bauvorschriften geändert würden. Das langenthaler Modell könnte auch in Biel ausprobiert werden. Ich habe die einschlägigen Informationen dazu dem Stadtpräsidenten per E-Mail geschickt. Er und die Stadtplanung würden vielleicht herausfinden, dass das Kleine auch grosses bewirken kann. Der Gemeinderat denkt gross und glaubt an das En gros-Geschäft. Verdichtungsprojekte werden eng begleitet. Das ist sicher richtig, nur gehen in Biel die grossen Grundstücke langsam aus. Wäre es da nicht klug, sich mit den Kleinen zu beschäftigen?

Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Ich fordere ihn deshalb auf, kleiner zu denken und die schlummernden Reserven zu lenken. **Ich beantrage, das Postulat erheblich zu erklären aber nicht abzuschreiben.** Der Gemeinderat soll seine Hausaufgaben machen.

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ ist der Ansicht, dass das vorliegende Postulat eine wichtige Frage aufwirft. Der Gemeinderat ist darauf ungenügend eingegangen. Der Postulant hat viele Punkte angesprochen, die auch in der Fraktion GLP+ diskutiert wurden. Der Flächenbedarf steigt. Einerseits beansprucht jede/r Einzelne mehr Fläche. Die durchschnittliche Wohnfläche in der Schweiz beträgt mittlerweile 46 Quadratmeter. Andererseits wächst die Bevölkerung sowohl durch Geburtenüberschuss als auch durch Zuwanderung. Die Folge davon ist, dass sich in den letzten 30 Jahren die Siedlungsfläche jeden Tag um 8 Fussballfelder ausgeweitet hat. Das beste Mittel gegen diesen grossen Flächenverbrauch ist eine Siedlungsentwicklung nach innen. Diese Verdichtung ist insbesondere dort sinnvoll, wo bereits Infrastruktur vorhanden ist, also in Städten wie Biel.

Der Gemeinderat beantwortet das Postulat primär, indem er seine bisherige Stadtentwicklungspolitik erläutert. Diese besteht darin, brachliegende ungenutzte Perimeter möglichst grossflächige Überbauungen zu planen und diese an willige Investoren abzugeben. Mit massgeschneiderten Zonen mit Planungspflicht (ZPP) werden bedeutende Verdichtungsprojekte realisiert. Dies ist grundsätzlich positiv und hat zu spannenden Entwicklungen geführt. Solche Projekte haben jedoch leider oft einen Mangel an Vielfalt zur Folge. Beispielsweise an architektonischer Vielfalt, mit Projekten aus einem Guss, wie das Gassmannareal. Es herrscht aber auch ein Mangel an sozialer und demografischer Vielfalt. Solche Grossprojekte richten sich oft an dieselbe Bevölkerungsschicht. Ebenso führen solche Projekte dazu, dass die zusätzliche Rendite durch den Verdichtungsgewinn an wenige Grossinvestoren fliesst. Deren Steuern werden zu einem Grossteil nicht in Biel bezahlt und auch der Grossteil ihrer Angestellten wohnt nicht hier. Also quasi Verdichtung für wenige statt für alle.

Die Fraktion GLP+ ist der Ansicht, dass Verdichtung auch für die anderen, kleinen Liegenschaftsbesitzer, die oft in dieser Stadt verwurzelt sind, vermehrt ermöglicht werden muss. Auch in gewachsenen Strukturen muss eine gelungene Vergrösserung in bestehenden Bauten möglich sein. Beispielsweise liesse sich ein Drei- mit einem Fünffamilienhaus ersetzen. Wer heute ein solches Ansinnen verfolgt, wird schnell von der Stadtplanung ausgebremst und muss sich mit allerlei Grenzwerten und Massangaben auseinandersetzen. In diesem Sinne unterstützt die Fraktion GLP+ die weitere Abklärung zur Verdichtung, nicht nur für einzelne grossflächige Areale, sondern in allen einigermassen zentral gelegenen und/oder gut erschlossenen Quartieren. Einwände betreffend Denkmalschutz oder ISOS (Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung) können nicht nachvollzogen werden. Bereits anderweitig geschützte Objekte bedürfen nicht noch des zusätzlichen Schutzes durch die Bieler Bauordnung.

Die Fraktion GLP+ ist mit der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats einverstanden. Zusammen mit dem Postulanten ist sie aber ebenfalls der Meinung, dass der Gemeinderat mögliche Änderungen der Bauordnung eingehend prüfen sollte. Der Vorstoss ist deshalb noch nicht abzuschreiben.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt den vorliegenden Vorstoss, denn damit wird die Verdichtung nach innen vorangetrieben. Die angestrebte Verdichtung kann nicht nur mittels Überbauungsordnungen realisiert werden. Benedikt Loderer hat viele Möglichkeiten erwähnt. Erreicht werden könnten diese Vorhaben mit einem überarbeiteten Zonenplan. Früher wurden beispielsweise bei einer Gebäudehöhe von 8,5 m³ Geschosse eingebaut. Die Vorschriften wurden seither immer strenger. Der Erdbebenschutz führt dazu, dass die Betondecken dicker wurden. Der Schallschutz bedingt dickere Unterlagsböden. Die Aussenhülle wird isoliert und ist ebenfalls dicker. Heute werden mit einer Gebäudehöhe von 8,5 m noch 2 Geschosse gebaut. Im Baureglement der Stadt Biel (SGR 721.1) liegt die erlaubte Gebäudehöhe in der Bauzone 2 bei 8,5 m. Das Baureglement könnte an die neuen Anforderungen angepasst werden. Mit einer Gebäudehöhe von 9 m könnten wieder dreigeschossige Häuser gebaut werden. Für zwei Geschosse werden nicht 8,5 m benötigt, die Gebäude werden somit vielleicht 7,5 m hoch, das Gebäude daneben weist dann aber nicht die gleiche Höhe auf, was zu einem hässlichen Quartierbild führt. Die Fraktion FDP würde einen angepassten Zonenplan und die Überarbeitung des Baureglements begrüssen. Die Fraktion FDP wird deshalb das Postulat erheblich erklären aber noch nicht abschreiben.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass die baurechtliche Grundordnung die Geschosszahl festlegt. Grenzabstände werden, wie vom Postulanten gewünscht, flexibel angewendet. Auch steht die Entwicklung nach innen verstärkt im Fokus der Stadtentwicklung. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kann diesen Argumenten folgen und wird den Vorstoss erheblich erklären und als erfüllt abschreiben.

Scheuss Urs, Grüne: Je souhaiterais commencer par une petite déclaration personnelle. Lors d'une dernière séance, certains membres du Conseil de ville, comme moi-même, utilisaient le «Hochdeutsch» et il leur avait été demandé de parler en dialecte, afin d'être mieux compris. J'ai suivi cette demande et continué en «Schwyzerdütsch». Entre-temps, j'ai appris qu'il y a également des membres de ce Conseil de ville qui préfèrent le bon allemand. Que faire? Le bilinguisme «français-Schwyzerdütsch» est une spécificité de notre Ville. Les alémaniques comprennent plus ou moins le français et on attend des francophones qu'ils comprennent le dialecte. C'est impensable au niveau cantonal ou fédéral de faire cela. En effet, je travaille dans un bureau bilingue à Berne et personne ne parle le dialecte avec les francophones. Nous vivons dans une ville ouverte et c'est notre spécificité biennoise.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Scheuss, ich habe Ihnen das Wort zum vorliegenden Geschäft erteilt und nicht für eine persönliche Erklärung.

Scheuss Urs, Grüne: Je vais continuer sur le thème, mais je souhaiterais expliquer pourquoi je ferai ma petite déclaration personnelle en bon allemand. Je pense que c'est aussi un respect par rapport aux membres francophones de ce Conseil de ville.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Scheuss, es tut mir sehr leid aber ich muss Ihnen hiermit das Wort entziehen. (*Zwischenrufe*). Keine Zwischenrufe bitte, wir fahren mit der Debatte zum vorliegenden Vorstoss fort.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich stelle erfreut fest, dass eigentlich keine Differenz besteht. Die Verdichtung ist das Gebot der Stunde. Ich versuche nochmals zu erklären,

warum der Gemeinderat das vorliegende Postulat abschreiben will. Ich danke Herrn Loderer für die Zustellung der Dokumentation zum langenthaler Modell. Ihr Kampf, Herr Loderer, ist auch ein Kampf gegen die «Hüslipest», wie Sie es nennen. In Biel gibt es aber gar nicht so viele Einfamilienhäuser.

Herr Briechle, Sie wünschen architektonische Vielfalt. Diese ist gerade im Mösliquartier in der Einfamilienhauszone am grössten. Über die Architektur und die sinnvolle Bodennutzung lässt sich diskutieren. Die Häuser dort stammen mehr oder weniger alle aus den 1990er Jahren, sind also so neu, dass Verdichtung in absehbarer Zeit nicht ansteht. Diese Überlegung stand hinter der Beantwortung des Gemeinderats auf den vorliegenden Vorstoss. Das langenthaler Modell ist eine Massnahme zur Verdichtung in bestehenden Siedlungen. In einem Quartier mit total zersplittertem Bodenbesitz etwas Sinnvolles zu schaffen ist nicht einfach. Die Einigung zwischen den BesitzerInnen wird schwierig. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, im Moment - auch im Hinblick auf die, wie immer beschränkten Ressourcen - den Schwerpunkt auf grössere Gebiete zu setzen. Eine Revision von Baureglement und Zonenplan für kleinräumige Gebiete ist zur Zeit nicht geplant. Für gemeinsame Bauvorhaben in Einzelfällen ist der Gemeinderat immer diskussionsbereit. Er legt den Akzent jedoch auf grössere Überbauungen. Vor allem bei Genossenschaften im Baurecht kann eine sinnvolle Verdichtung umgesetzt werden. Das langenthaler Modell hat mir sehr stark das Mösliquartier vor Augen geführt. Im Mösliquartier haben Wohnbaugenossenschaften seinerzeit Bauten erstellt, die 30 % unter der heute möglichen Ausnützung liegen. In heutigen Baurechtsverträgen wird darauf geachtet, Anreize zur grösstmöglichen Verdichtung zu schaffen. Der Gemeinderat sieht in den Baurechtsverträgen für zusammenhängende Flächen sowie im Einzelfall mit qualitätssichernden Verfahren die griffigeren Instrumente. Über kleinflächige Verdichtung kann später diskutiert werden.

Herr Briechle, ISOS-Objekte sind geschützt, wie Sie richtig bemerkt haben. Diese verhindern aber gerade die unmittelbar angrenzende Bebauung. Die Stadt Biel legt in Übereinstimmung mit dem Städteverband, sehr viel Wert auf die Qualität der Aussenräume. Eine punktuelle Verdichtung in Einfamilienhaussiedlungen ist oftmals nicht einfach. Wenn Sie sich über qualitativ gute Aussenräume mit hoher Dichte schlau machen wollen, empfehle ich das Projekt AGGLOlac.

Herr Loderer, Sie liegen mit Ihrer Forderung richtig. Mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse in der Stadt Biel und unter Beachtung der neu zu gestaltenden Perimetern, ist der Gemeinderat jedoch der Meinung, dass sich Anpassungen an Zonenplan und Baurordnung an das langenthaler Modell zur Zeit nicht lohnen. Vorerst wird gezielt in einzelnen Perimetern vorgegangen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen daher, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird erheblich erklärt aber nicht abgeschrieben.

8. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 2020022 Julien Rochat, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Biel einschränken»

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: J'ai déposé ce postulat car la situation de la circulation à Bienne se dégrade à vue d'oeil. Il est urgent d'agir vu le nombre d'interventions déposées contre les automobilistes ces derniers temps, souvent trop extrêmes et sans compromis.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.10 Uhr - 21.15 Uhr

9. Postulat 2019061, Olivier Wächter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Gestaltung der Badhausstrasse in Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: À la lecture de la réponse du Conseil municipal, je souhaite dire que j'estime que la rue des Bains n'est pas réellement une impasse, étant donné qu'elle possède des rues transversales. Elle n'est donc pas véritablement une voie sans issue. Légalement, elle n'est accessible que pour les riverains et pour les livraisons dans le quartier concerné, par exemple le Gymnase français de Bienne. Cependant, elle est officiellement fortement utilisée par les non-riverains, par beau temps, de même que les weekends pour accéder aux bateaux et à la plage, avec tous les désagréments qui en découlent pour les habitants du quartier. En effet, on parle d'automobilistes mais aussi de cyclistes, piétons et tous les autres moyens de mobilité douce. Comme déjà mentionné, le trafic est important par beau temps, mais cela ne semble visiblement pas vraiment préoccuper, ni intéresser le Conseil municipal.

Les réaménagements effectués (abattage des arbres, conduites industrielles, réaménagement de la rue) sont des travaux effectivement coûteux, surtout lorsqu'on doit rouvrir la même chaussée plusieurs fois, par omission ou par planification plus ou moins légère. L'expression «pour des raisons financières» utilisée dans la réponse du Conseil municipal est des plus intéressante dans ce contexte. Contrairement à l'avis du Conseil municipal, tout n'a pas été suffisamment pensé et étudié, les parties directement concernées n'ont, à mon sens, pas été suffisamment consultées et prises au sérieux. On ne peut pas parler de communication constructive et participative mais, malheureusement, plutôt d'informations imposées et non négociables. Ce n'est d'ailleurs pas la première fois que cela se passe.

Au sujet des deux arrêts de bus extrêmement proches l'un de l'autre, notre avis diverge encore une fois fortement de celui du Conseil municipal. S'il a fallu adapter l'arrêt «Clos-du-Lac», conformément à la Loi sur l'égalité pour les handicapés (LHand; RS 151.3), il aurait été plus judicieux de se poser la question de son utilité réelle en amont. Je

maintiens que l'arrêt «Débarcadère» est amplement suffisant et que les frais engendrés pour le réaménagement de l'arrêt «Clos-du-Lac» n'étaient donc pas indispensables. On peut admettre que le Conseil municipal ne voie aucune raison de supprimer des arrêts de bus bien fréquentés. Je suis persuadé que, si quatre arrêts de bus étaient créés à peu de distance l'un des autres, ils seraient tous utilisés en fonction des habitudes des utilisateurs et utilisatrices. Je conviens que cette histoire est un peu tirée par les cheveux, mais je tiens à vous démontrer que votre réponse n'est aucunement objective. Enfin, tout arrêt de bus peut créer une situation de complication du trafic, des inconvénients sonores ou tout autre impact direct sur la population d'un quartier, ne l'oublions pas!

En conclusion, j'ai bien compris que le Conseil municipal ne souhaite pas se remettre en question et estime que tout va bien dans le meilleur des mondes. C'est une vision bien candide de la situation réelle, les habitants du quartier et moi-même apprécieront. Je comprends maintenant mieux les interventions engagées de notre collègue Monsieur Ogi, lorsqu'il reçoit ce type de réponse de la part du Conseil municipal. Je ressens également un certain mépris de la part du Conseil municipal à notre rencontre. J'invite donc les personnes en lien avec ce dossier à passer un peu plus souvent à la rue des Bains afin de se rendre compte de la situation par eux-mêmes, surtout durant la belle saison. À noter encore que je souhaite remercier la police et les personnes en charge des amendes d'ordre, qui effectuent un excellent travail de contrôle et de sanctions dans le quartier. Pour toutes ces raisons, je vous recommande de ne pas rejeter le postulat en obligeant le Conseil municipal à se remettre, par principe, quelque peu en question.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat hat das Anliegen diskutiert. Die Bushaltestelle ist nach Ansicht des Gemeinderats und nach Rücksprache mit den Verkehrsbetrieben Biel (VB) sinnvoll und wird ausreichend frequentiert. Die Badhausstrasse dient in erster Linie der Quartierserschliessung. Gerade die Bushaltestelle und die sehr limitierten öffentlichen Parkplätze sind für den auswärtigen Verkehr nicht attraktiv. Ausserdem wurde die Badhausstrasse kürzlich saniert und umgestaltet. Für eine vertiefte Analyse und Neuprojektierung sieht der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf. Er empfiehlt deshalb, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Scheuss hat mir in der Pause glaubhaft versichert, dass er sich an der letzten Sitzung angegriffen fühlte. Er hat jetzt Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung.

Scheuss Urs, Grüne: Merci Monsieur le Président de me donner la parole. Je ne me suis pas senti attaqué personnellement, mais une remarque m'a fait réfléchir concernant l'utilisation du suisse-allemand. Je me demande que faire avec cette situation. Il y a d'une part le bilinguisme particulier de notre Ville, «français-

Schwyzerdütsch», où on attend des francophones qu'ils comprennent le dialecte comme les alémaniques, le français. Comme je l'ai dit, c'est juste impensable de faire cela au niveau cantonal ou fédéral et il s'agit donc d'une vraie spécificité biennoise. Il y a aussi une autre spécificité biennoise: on vit dans une ville ouverte et donc il y a beaucoup de personnes qui viennent d'ailleurs, comme moi qui vient du Canton de Saint-Gall. C'est enrichissant, mais pour beaucoup de francophones, qui n'ont pas grandi ici, le dialecte est difficile à comprendre. Le «Schwyzerdütsch» est un obstacle pour la participation à la vie sociale, culturelle, sportive et bien-sûr politique. Il ne faut pas oublier que dans notre Ville ouverte, il y a beaucoup de personnes qui n'ont ni le français, ni l'allemand comme langue maternelle. Que faire? La diversité est aussi une particularité de notre Ville et nous devons vivre cette diversité dans notre hémicycle. Le Règlement du Conseil de ville stipule sagement *«Les membres du Conseil de ville sont libres de s'exprimer en français ou en allemand (dialecte ou allemand)»*. Je fais donc mon choix personnel et continuerai à m'exprimer en Hochdeutsch au Conseil de ville. Je vous remercie de respecter ce choix.

10. Postulat 20190131, Bohnenblust Peter, FDP, «Unverständliche Unterlassungen: fehlende Verbindung Madretschstrasse-Mattenstrasse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Bohnenblust Peter, FDP: Vorab erkläre ich mich mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden. Ich halte mich kurz. Es handelt es sich um ein Versäumnis, das Kosten verursacht hat. Es kann nicht sein, dass der Fussgängerdurchgang auf dem Schnyder-Areal mit «privat» gekennzeichnet ist. Die Baugesuchsakten zum Schnyder-Areal verlangen eine öffentliche Fussgängerverbindung von der Madretschstrasse zur Mattenstrasse. Innerhalb der Verwaltung fand 2016 ein Wechsel der Zuständigkeit von der Baudirektion zur Finanzdirektion statt. Die Übergabe wurde aber schlecht ausgeführt. Bereits 2013 stellte ich die Frage nach der Rechtmässigkeit des angebrachten Privat-Schildes. Mir wurde beschieden, dass das Problem erkannt sei, vergessen gegangen wäre aber jetzt bearbeitet werde. Leider habe ich danach nicht noch einmal nachgefragt... Im Grundbuch habe ich mich über die Eigentumsverhältnisse kundig gemacht. Die Firma City Home AG in Biel hat seinerzeit die Wohnungen der betreffenden Überbauung verkauft. Mein Fazit, in dieser Angelegenheit ist vieles schiefgelaufen. Für mich ist es eine Lehre, sich nicht mit einer E-Mail zufrieden zu geben, sondern einen Vorstoss einzureichen. Ich bitte die Baudirektorin oder die Finanzdirektorin über den neusten Stand zu informieren.

Wiher Max, GLP: Ich bringe eine Präzisierung zur Frage von Peter Bohnenblust an. Wann, schätzt der Gemeinderat, können die Fussgänger und Velofahrenden endlich vom öffentlichen Wegrecht profitieren?

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Zuerst spreche ich und anschliessend wird sich Frau Steidle äussern. Tatsächlich sind in diesem Geschäft beide Direktionen zuständig. Das Bauprojekt war Auslöser für verschiedene

parlamentarische Vorstösse, die eine Verbindung für den Langsamverkehr von der Madretsch- zur Mattenstrassen verlangten. Für die Umsetzung des Anliegens werden aber die rechtlichen Grundlagen benötigt. Herr Bohnenblust hat richtig festgestellt, dass Unterlassungen aus den Neunzigerjahren bis heute nachwirken. Die Finanzdirektion hat nun Feststellungsverfügungen erlassen. Die Finanzdirektorin wird über den aktuellen Stand informieren.

Steidle Silvia, directrice des finances: Il est vrai que l'affaire est effectivement en cours et qu'elle n'est pas facile. En juin dernier, la publication de la restitution des parcelles nos 6012, 10150 et 10151 a eu lieu et s'est terminée avec sept recours. Le Conseil municipal a mené les négociations avec les propriétaires, mais leurs recours sont maintenus. Le prochain délai est prévu pour fin février. Etant donné que l'affaire est encore en cours, je ne peux pas donner de détails. Il est cependant tout à fait clair que nous souhaitons réaliser ces infrastructures, mais je ne peux pas donner de pronostics.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

11. Dringliche Interpellation 20190295, Maurice Rebetez, Fraktion PSR, «Ist die Nidaustrasse eine Transitachse?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: En préambule, je tiens à préciser qu'il est extrêmement important de garantir aux fournisseurs des enseignes de la rue du Nidau un accès permettant la livraison des marchandises. Il ne s'agit pas d'interdire complètement le trafic. Cependant, cette possibilité de livraison est clairement indiquée et, normalement, respectée. La situation actuelle laisse penser que la sécurité des piétons, et notamment des enfants, est garantie dans cette zone piétonne. Il n'en est rien, ou presque, car il est fréquent d'observer des livreurs à toute heure. L'interpellation concerne donc uniquement le trafic observé hors des heures autorisées. Suite à ce constat, il est fort intéressant de suivre l'évolution des autorisations délivrées. Passer de 165 cartes journalières, en 2016, à 303 cartes, en 2018, montre bien la nécessité d'entreprendre quelque chose et de ne pas en rester au stade des bonnes intentions. En extrapolant et en gardant un brin d'humour, dès 2040, il faudra certainement refuser cette autorisation, qui sera délivrée d'office à chaque contribuable biennois. Que compte entreprendre la Ville?

La réponse au point a) est éloquente. Le Conseil municipal est aussi d'avis que la situation de la rue de Nidau n'est pas satisfaisante, en matière de manutention de marchandises en dehors des heures officielles, et vise une amélioration de cette situation. Cela se complique un brin au point b): le marquage et la signalisation affichés sur place ne suffisent visiblement pas, et la méthode la plus efficace passerait par des mesures d'aménagement et d'infrastructure. Ces mesures, principalement les blocages d'accès au moyen de plots pour interdire la circulation et protéger les piétons, sont liées à des charges en termes de finances et d'organisation. Ces mesures permettraient à

peine de lutter contre la circulation de deux-roues en tout genre. Ce sont les cyclistes qui servent de prétexte pour ne rien entreprendre! Je constate, par contre, que les plots sont de plus en plus utilisés avec satisfaction, que ce soit du côté de la Tissot Arena, de l'Ile de la Suze, de l'Esplanade ou du Quai du Haut. Mais, ils sont vraisemblablement trop onéreux pour garantir la sécurité dans la principale zone piétonne de Bienne! C'est un peu paradoxal, avouez-le.

D'autre part, des mesures doivent encore être envisagées, mais je me demande lesquelles? Quand seront-elles mises en place? Il serait peut-être également nécessaire et judicieux d'observer ce qui se passe dans d'autres grandes villes, qui ont réussi avec plus ou moins de succès à instaurer des zones piétonnes sans circulation et sans trop de dérogations.

En conclusion, un projet est en cours pour rendre le centre-ville plus attrayant. Je veux bien, mais des projets en cours, il y en a déjà pour remplacer l'éclairage reliant la rue de Nidau à celle de la Gare (Projet Nuit Blanche), pour aménager les terrasses de la rue du Marché et, peut-être, pour bien d'autres idées encore. Alors, à la lecture des solutions proposées, je ne peux vraiment pas être totalement satisfait de la réponse du Conseil municipal.

Francescutto Luca, UDC: Je partage entièrement l'avis de Monsieur Rebetez. Le problème de la rue de Nidau est qu'il y a beaucoup de rues adjacentes et il est donc facile d'y accéder. Le matin, il y a passablement de camions qui livrent des marchandises, mais cela paraît normal. Durant la journée, la situation est passablement calme du point de vue des livraisons de marchandises. La signalisation à la rue de Nidau est quasi inexistante et pose donc un problème. Une bonne partie des biennoises et des biennois circulent à vélo à la rue de Nidau et sont étonné(e)s de savoir que c'est interdit. La Police cantonale a la mission d'amender les contrevenants et elle ne le fait pas de bon coeur, car il y a des choses plus intéressantes à faire. Je ne comprends pas pourquoi la seule zone piétonne de la Ville n'est pas respectée. Lorsqu'on visite d'autres villes, la signalisation est en place avec un marquage au sol, ce qui est impossible à faire à Bienne. À Bienne, il existe le côté «foutiste» de certaines personnes, qui estiment qu'elles peuvent tout se permettre avec leur vélo, sans respecter aucune règle de signalisation, ni aucun autre usager. Je rejoins Monsieur Rebetez, qui demande à ce qu'une signalisation adéquate soit posée dans à la rue de Nidau. Je trouve dommage que personne ne s'intéresse à cette problématique.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Der Gemeinderat hat durchaus, wie in der Beantwortung betont, Verständnis für das Anliegen. Wie Sie, Herr Rebetez, bereits erwähnt haben, ist er daran, die Situation in der Innenstadt zu überprüfen. Wie in der Beantwortung ausgeführt wird anschliessend schrittweise vorgegangen. Ich weise darauf hin, dass es in der Nidaugasse tatsächlich Probleme mit dem widerrechtlichen motorisierten Verkehr gibt. Die Verstösse von Velofahrenden in der Nidaugasse sind jedoch zahlreicher. Die Gefährdung der dort zirkulierenden Fussgänger ist durch die Velos grösser. Die Frage der Signalisierung wird der Gemeinderat prüfen.

12. Postulat 20190088, Urs Scheuss, Grüne, «Klimaschutz als Querschnittsthema»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Der Gemeinderat zeigt in seiner Antwort auf, dass die wesentlichen Anliegen des vorliegenden Postulats bereits aufgenommen wurden und er die Dringlichkeit erkannt hat. Im Auftrag des Stadtrats ist der Gemeinderat daran, ein Klimareglement zu erarbeiten. Der Klimawandel ist in diesem Jahrhundert die grösste Herausforderung für die Menschheit. Der Handlungsbedarf ist dringend. Im vorliegenden Postulat geht es vor allem darum, aufzuzeigen, dass der Klimaschutz nicht einfach in einem Reglement abgehandelt werden kann. Klimaschutz betrifft alle Bereiche auch solche, die nicht unmittelbar mit dem Klima zusammenhängen. Alle Entscheide beeinflussen das Klima. In der Aussenpolitik beispielsweise kann gegenüber Dritten auf den Klimaschutz aufmerksam gemacht werden. Das individuelle Verhalten hat ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf das Klima. Hier muss die Bevölkerung informiert werden. Diese Forderungen sind nicht neu. Neu im vorliegenden Postulat ist die Forderung nach einem Rechenschaftsbericht des Gemeinderats über die getroffenen Massnahmen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Anliegens.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Encore une intervention des extrémistes climatiques sur ce sujet, qui continuent de surfer sur cette vague éphémère après les brillants résultats des dernières élections. Si ce postulat est accepté, cela signifiera-t-il, au point 1, qu'un projet plutôt négatif pour l'environnement sera adapté, ceci indépendamment du coût? Les résultats seront-ils publiés pour prouver son influence positive sur le climat? Ce n'est pas à l'Union européenne de dicter sa loi et d'influencer la Suisse. Il en est de même concernant le point 2: ce n'est pas à la Ville de Bienne de dicter la loi et d'influencer la politique cantonale et nationale dans l'intérêt du climat. Le Groupe UDC/Les Confédérés invite le Conseil municipal à se focaliser sur les questions biennoises, qui devraient déjà suffisamment occuper son temps. Au point 3, si le citoyen devait payer les frais du changement climatique, notre groupe trouverait correct que la population soit avertie sur les effets et les coûts que cela engendrera.

La Ville de Bienne compte un peu plus de 56'000 habitants. Chers membres du Conseil municipal, rappelez-nous quel est le nombre de manifestants pour la protection du climat, proportionnellement à ce chiffre. Parler d'une grande inquiétude de la population relève d'une déformation de la vérité et d'une sordide tentative de créer un effet de peur malfaisant, plutôt que de voir la réalité. Le point 4 n'a pas lieu d'être. En effet, le Conseil municipal rend déjà régulièrement compte de ses actions dans le domaine de la protection du climat. Est-ce les médias qui dirigent la politique? La réponse est claire. Il ne se passe pas un jour sans que l'on voie ou entende des glaciers fondre, des catastrophes naturelles surmédiatisées dans le but précis de faire peur aux citoyens. Cela a clairement influencé les élections fédérales de 2019.

Le Groupe UDC/Les Confédérés pense qu'il faudrait plutôt s'adapter à la situation que de vouloir la changer. Au lieu de vouloir absolument taxer et «fliquer» les citoyennes et

citoyens, comme dans les plus sombres années du communisme, commençons par instaurer la responsabilité individuelle en effectuant quotidiennement de petites choses en faveur du climat et de la nature, sans réglementation extrémiste, et en appliquant la politique des petits pas. Notre groupe peut vous affirmer que notre Terre ne disparaîtra pas demain, ni après-demain. Le Groupe UDC/Les Confédérés rejette tous les points de ce postulat.

Gugger Reto, BDP: Herr Scheuss, ich bin grundsätzlich mit dem Postulat und dessen Erheblicherklärung einverstanden. Ich frage mich jedoch, ob der Punkt, dass Stadtratsvorlagen mit einer Klimaverträglichkeitsprüfung zu versehen sind, nicht als erfüllt abgeschrieben werden kann. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass er mit dieser Forderung einverstanden ist. **Ich beantrage, Punkt 1 des vorliegenden Postulats als erfüllt abzuschreiben und die Punkte 2 bis 4 erheblich zu erklären.**

Scheuss Urs, Grüne: Ich schlage vor, über das Postulat insgesamt abzustimmen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir werden zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats abstimmen und anschliessend darüber, Punkt 1 als erfüllt abzuschreiben oder nicht.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Verschiedene Forderungen des vorliegenden Postulats wurden im Stadtrat bereits in vorangegangenen Vorstössen erheblich erklärt. Nicht desto trotz unterstützt der Gemeinderat das vorliegende Postulat. Er ist ebenfalls der Meinung, dass der Klimaschutz eine Querschnittaufgabe ist. Zu versuchen, jedes Geschäft auf seine Auswirkungen auf das Klima hin zu beurteilen, ist richtig. In anderen Städten in der Schweiz, beispielsweise in Thun, wurden gleichartige Vorstösse eingereicht. Die Stadt Biel tauscht sich mit diesen Städten aus.

Herr Rochat ist dafür, dass sich die Stadt Biel auf ihre eigenen Aufgaben beschränkt, selbst für den Klimaschutz aktiv wird und sich weniger auf kantonaler und eidgenössischer Ebene für den Klimaschutz einsetzt. Der Fokus des Gemeinderats liegt tatsächlich vor allem auf lokaler Ebene. Hier Einfluss zu nehmen und den Spielraum auszuschöpfen erscheint sinnvoll. Bei vielen Fragen, so auch beim Klimaschutz, ist die Stadt Biel jedoch von übergeordneten Entscheiden abhängig. Sich bei Bund und Kanton für den Klimaschutz einzusetzen ist daher angebracht. Ein Punkt der Forderungen betrifft die umfassende Information der Bevölkerung zum Klimawandel. Dem Gemeinderat ist dabei die objektive, sachliche und transparente Information wichtig. Auswirkungen aber auch Kosten des Klimawandels sollen dargestellt werden.

Zum geforderten Rechenschaftsbericht: Der Gemeinderat berichtet jeweils in kurzer Form im Geschäftsbericht darüber. Er ist aber bereit, regelmässig einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die Massnahmen im Bereich Klimaschutz abzulegen. Die Art der Berichterstattung kann im Rahmen der Erarbeitung des neuen Klimareglements im Stadtrat diskutiert werden. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und auch Punkt 1 der Forderungen nicht abzuschreiben. Der Gemeinderat hat diesen Punkt noch nicht umgesetzt. Die Klimaverträglichkeit der Vorlagen im Stadtrat aufzuzeigen, wird nicht ganz einfach.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Gugger zieht seinen Antrag zurück. Wir stimmen nur über die Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats ab.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

13. Postulat 20190089, Christoph Grupp, Grüne, «Bauen in Zeiten des Klimawandels»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Grupp Christoph, Grüne: Ich bin zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats. Er nimmt das Thema ernst und sieht umfangreiche Abklärungen vor. Erstaunt stelle ich fest, dass der Klimaschutz gemäss der vorherigen Abstimmung von rechter Seite nicht als relevant wahrgenommen wird. Das vorliegende Postulat setzt sich mit den Folgen des Klimawandels auseinander. Liebe Stadtratsmitglieder, die Folgen des Klimawandels sind spürbar und bereits heute für einige Menschen, auch in der Schweiz, tödlich! Durch Hitzeeinwirkung werden die Lebensbedingungen in gewissen Gebäuden gefährlich. Hitzewellen werden, wie leider bereits in der Vergangenheit, auch in Zukunft vorkommen. Das ist eine Tatsache und kein Argument der UmweltschützerInnen. Wie reagiert die Gesellschaft auf die klimatischen Veränderungen? In meinem Vorstoss geht es vor allem um die lebensbedrohenden Hitzewellen und wie die Städte sich darauf einstellen können. Wie können beispielsweise zusätzliche Grünzonen geschaffen oder wie kann vermieden werden, dass sich Strassenschluchten aufheizen? Es geht unter anderem darum, Hitzewellen in Städten mit Gewässern und unversiegelten Böden abzufedern. Es geht auch um die paradoxe Situation, dass immer mehr Menschen sich mit Klimaanlage gegen die Hitze schützen, damit aber zur Erhöhung des CO₂-Ausstosses beitragen. Mittlerweile ist der Ausstoss von CO₂ durch Klimaanlage höher als der von Heizungen. Es besteht grosser Handlungsbedarf. Ich danke dem Gemeinderat, dass er die Forderung aufgreift. Eine Frage bleibt: Der Gemeinderat schreibt, dass er vertiefte Abklärungen vornehmen will. Wann sind erste Resultate zu erwarten? Ich danke Ihnen für die Unterstützung des vorliegenden Postulats.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je vous remercie pour votre exposé, Monsieur Grupp. Tout le monde est conscient que le climat change. Le Groupe UDC/Les Confédérés trouve incompréhensible l'urgence ou le stress que cette situation engendre. Il ne faut pas tout mélanger et mettre des priorités au bon endroit. Tout le monde peut faire quelque chose pour améliorer les choses, comme les jeunes qui sont sans cesse sur leurs smartphones, par exemple. Le bilan carbone de cette manière de faire n'est pas très bon et il serait assez facile d'y remédier. Il faut arrêter de déposer des interventions et plutôt essayer de faire un concept ensemble. Les

priorités doivent être placées au bon endroit et, ceci, sans nier la problématique du climat. Notre groupe va rejeter ce postulat pour cette raison.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Bevor ich die Frage beantworte, halte ich fest, dass es nicht primär um die Verminderung des CO₂-Ausstosses geht. Herr Widmer hat vorhin bemerkt, dass die Auswirkungen des Klimawandels spürbar aber auch messbar sind. Wie können wir uns den geänderten Verhältnissen anpassen? Heute wird der Klimawandel bei Bauvorhaben und der Gestaltung des öffentlichen Raums wahrgenommen. Im vorliegenden Postulat wird vom Gemeinderat ein Bericht über die konkreten Massnahmen verlangt. Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen und will sich vertieft Gedanken darüber machen. Die Ausarbeitung eines fundierten Berichts benötigt Zeit. Ich vermute, dass der gewährte Zeitraum von zwei Jahren ausgeschöpft wird.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

14. Überparteiliche Motion 20190084, Daniel Suter, PRR, Reto Gugger, BDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Sandra Schneider, SVP, «Nachhaltige Räumlichkeiten für die Stadtverwaltung bis 2030»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Suter Daniel, PRR: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse. Elle relate les importants efforts, consentis depuis plus de dix ans dans la recherche de locaux administratifs par des expertises externes, qui doivent aujourd'hui manifestement être actualisées et adaptées aux nouvelles circonstances. Par ailleurs, le Conseil municipal estime possible qu'un bâtiment administratif central puisse être construit dans un délai de cinq ans. Le sort des actuels locaux administratifs reste toutefois incertain. Notre motion est plus ambitieuse dans la mesure où elle pose trois questions. En effet, les motionnaires demandent au Conseil municipal de soumettre au Conseil de ville une solution pour des locaux fonctionnels et efficaces pour l'ensemble de l'Administration, avec la demande de crédit d'engagement y afférente. Le Conseil municipal doit aussi se prononcer sur l'affectation des bâtiments appartenant à la Ville qui ne seraient plus utilisés pour les besoins de son administration.

Cette motion a vu le jour suite aux débats sur le bail à loyer conclu pour les locaux du Département des affaires sociales. Ce bail est considéré comme transitoire. Il a été conclu pour cinq ans et est renouvelable pour une même durée à des conditions identiques, soit 843'000 fr. par année. On devrait pouvoir s'attendre à de meilleures conditions car, plus la durée d'un bail à loyer pour des locaux administratifs est longue,

plus il est attractif. L'intérêt de dédire ce contrat à la faveur d'une solution durable est évident. La cessation de ce bail à loyer devrait se faire par une solution globale pour tous les locaux administratifs, mais aussi comprendre le désinvestissement ce qui, de l'aveu même du Conseil municipal, demande encore du temps. Ce temps, notre motion souhaite le lui accorder. Il s'agit, en effet, d'éviter de mettre l'Administration sous une pression inopportune, qui pourrait conduire à une solution partielle, voire transitoire, pour un problème qui concerne l'ensemble de l'Administration. Si la planification, y compris celle du financement, est menée de manière conséquente, on devrait pouvoir disposer d'un nouveau bâtiment administratif centralisé pour l'Administration municipale dans dix ans. Dans ce cas, le bail pour le Département des affaires sociales ne devrait être renouvelé qu'une seule fois. Considérant le besoin croissant de rénovations qui se manifeste dans les locaux administratifs actuels, il nous semble important que la Ville s'engage dès maintenant et de manière déterminée dans cette planification. C'est la raison pour laquelle nous souhaitons que notre motion soit adoptée et non transformée en postulat. Un simple mandat d'examen ne répond manifestement pas à l'importance de l'enjeu. Je vous remercie de votre attention et de votre soutien.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO erachtet es als wichtig, die diversen Bieler Verwaltungsgebäude neu zu beurteilen. Heute sind Teile der Verwaltung und Schulen in Gebäuden eingemietet. Die Mieten sind kostenintensiv. Als Beispiel erwähne ich die vor kurzem beschlossene Unterbringung der Abteilung Soziales im Gebäude Esplanade Nord. Die Miete wird jährlich fast CHF 1 Mio. kosten. Die Motion 20190060 «Eine optimale und günstige Lösung für die Abteilung Soziales» weiter unten auf der Traktandenliste nimmt dieses Thema nochmals auf und verlangt, dass eine stadteigene Lösung gesucht wird. Beide Vorstösse hätten auch zusammen behandelt werden können. Der Gemeinderat muss sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und eine längerfristige, günstigere und effizientere Lösung für die Stadtverwaltung erarbeiten. Denkbar wäre die Weiterführung der Planung für ein zentrales städtisches Verwaltungsgebäude oder ein anderes sinnvolles und nachhaltiges Konzept, das flexibel und ausbaubar ist. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die vorliegende Motion mehrheitlich, ein Postulat wird sie vollumfänglich unterstützen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres! Auch die Fraktion Einfach libres! ist der Ansicht, dass ein zentrales Verwaltungsgebäude jetzt ernsthaft zu planen ist. Grossmehrheitlich unterstützt die Fraktion Einfach libres! die Motion aber auch das Postulat.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Cela fait des dizaines d'années que je lutte contre la construction d'un bâtiment administratif centralisé. Je ne comprends pas que la personne qui souhaite déposer un plan pour la construction d'une maison soit en contact direct avec celle qui doit, malheureusement, se présenter au service social. Cela entraîne de la surveillance et de la médisance envers les autres alors que l'on peut se rendre au service social pour simplement demander un renseignement. Alors je dis non à un bâtiment administratif centralisé pour l'Administration municipale.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Suter, si on veut vraiment être formel, le mandat qui est donné sous forme de motion au Conseil municipal est en fait un postulat. Vous demandez de proposer une solution avantageuse avec les crédits y

afférents. Le Conseil municipal évalue déjà concrètement les besoins de chacun avec l'ensemble des directions. Le Conseil municipal va effectivement pouvoir proposer chaque objet, et des solutions, séparément. C'est bien pour cette raison que nous proposons de transformer cette motion en postulat, car cela ne sert à rien actuellement de garder cette intervention sous forme de motion. Les affaires seront proposées séparément au Conseil de ville, respectivement au Peuple, afin de les analyser.

Suter Daniel, PRR: La motion se justifie par le fait qu'un crédit d'engagement, de la compétence du Conseil de ville, sera l'aboutissement de tous ces travaux. L'intervention devrait donc pouvoir être qualifiée de motion. J'ai aussi cru comprendre que le Conseil municipal partage largement notre souci et nous acceptons donc de transformer cette motion en postulat. Nous espérons que la majorité du Conseil de ville suivra cette proposition.

Pour répondre à Monsieur Ogi, la construction d'un bâtiment centralisé a pour but de vérifier comment l'Administration s'organise et il est tout à fait envisageable que le projet propose de regrouper les services dans un même quartier, afin d'en faciliter l'accès.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die MotionärInnen sind mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Que l'on vote une motion ou un postulat ou que l'on soit contre une motion ou un postulat, cela n'empêchera jamais le Conseil municipal de faire toutes les études qu'il veut pour présenter un projet.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

15. Dringliches Postulat 20190338, Hamdaoui Mohamed, CVP, Heiniger Peter, PdA, «Für nachhaltige öffentliche Schulen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je parlais du principe qu'il n'y aurait pas de débat vu que le Conseil municipal propose aussi de transformer cette motion en postulat. J'ai encore une question à poser car la réponse du Conseil municipal date du mois de novembre et nous étions satisfaits que «L'Etrive» ait eu gain de cause, et soucieux de savoir ce qui allait se passer pour pallier au manque de places pour les enfants. Des solutions ont-elles été trouvées ou sont sur le point de l'être depuis le mois de novembre pour ces chères petites têtes blondes?

Heiniger Peter, PdA: Ich ergänze die Hintergründe, die zur Einreichung des vorliegenden Vorstosses geführt haben. Das Vorgehen des Gemeinderats rund um das Atelier «L'Etrive» am Grillenweg 4 ist unhaltbar. Eine gemeinnützige Einrichtung für Behinderte gegen dringend notwendigen Schulraum auszuspielen, geht nicht. Der Gemeinderat hat Versäumnisse bei der Beschaffung von Schulraum zu verantworten. Diese Angelegenheit legt aber auch offen, dass die Kommunikation innerhalb des Gemeinderats unbedingt verbessert werden muss. Wer anders als der Gemeinderat sollte Kenntnis über leerstehende Gebäude haben? Der Gemeinderat ist jetzt jedoch einsichtig und beantragt, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären. Ich bitte Sie, dem Antrag zu folgen.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das vorliegende Postulat. Wichtig ist, dass die zuständigen Direktionen besser miteinander kommunizieren. Situationen wie diejenige am Grillenweg 4 sind zukünftig zu vermeiden. Ausreichend Schulraum ist wichtig für die Stadt. Deshalb muss alles daran gesetzt werden, stadteigene Lösungen zu finden. Die Fraktion SP/JUSO wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung folgen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Il est vrai, Monsieur Heiniger, que le présent postulat a été déposé suite au refus du Conseil de ville d'entrer en matière sur l'objet du chemin des Grillons. Il ne peut cependant pas aujourd'hui servir de base pour discuter matériellement de cette affaire, mais doit servir à démontrer à ce Parlement que toutes les mesures ont été prises et seront prises pour qu'à l'avenir, ce genre de chose n'arrive plus. C'est ce que le Conseil municipal a voulu démontrer en proposant de maintenir ce postulat sans le radier du rôle. Le sujet des têtes blondes, brunes ou rousses est de la compétence de mon collègue, Monsieur Némitz. Je me permets de lui passer la parole afin qu'il puisse vous répondre, Monsieur Hamdaoui.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je le répète depuis des mois et des années, chaque été, c'est un miracle que l'on puisse accueillir les nouveaux élèves dans les classes à Bienne. L'été prochain, six écoles enfantines supplémentaires vont ouvrir. Les locaux nécessaires vont devoir être trouvés dans six quartiers de la Ville. Grâce à l'engagement de la Fondation de logements pour personnes âgées, il sera possible d'accueillir deux écoles enfantines dans l'enceinte de l'EMS Cristal, si le Conseil de ville approuve ce projet lorsqu'il lui sera présenté. Il y aura une coordination entre le home et ces deux écoles enfantines. Le projet au Crêt-des-Fleurs relatif au rachat de cette fameuse église, qui a défrayé la presse, devrait aussi prochainement être présenté. Dans ce cas aussi deux écoles enfantines seront accueillies. Il s'agit des plans du Conseil municipal.

Deux écoles enfantines devaient être accueillies au chemin des Grillons. Pour le moment, nous n'avons pas de solution mais nous sommes en train d'élaborer une solution de secours provisoire dans la région de la Champagne afin de pouvoir créer ces deux classes supplémentaires. Ce sera très compliqué, mais je garde bon espoir. Je ne peux, à l'heure actuelle, pas vous donner plus de détails à ce sujet.

Pour ce qui est du remplacement de ce fameux bâtiment du chemin des Grillons, il faut que le Conseil de ville se prépare gentiment et psychologiquement à devoir présenter, devant le Peuple, un crédit d'engagement pour la construction d'un collège supplémentaire qui permettra d'accueillir les classes secondaires germanophones

dans le quartier de Boujean. Ceci coûtera évidemment considérablement plus cher que ce qui avait été envisagé au chemin des Grillons. Voilà ce que je peux vous dire par rapport à l'évolution de la situation, suite aux décisions prises en septembre dernier.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

16. Postulat 20190177, Christoph Grupp, Grüne, «Bauteile wiederverwenden»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Grupp Christoph, Grüne: Ich bin ein wenig enttäuscht von der Antwort des Gemeinderats, sie wirkt defensiv. Erfreut bin ich über das Vorhaben, bei der Erteilung von Abbruchbewilligungen auf das Angebot von Bauteilbörsen hinzuweisen. Dass hier kein Zwang erfolgen kann, ist mir auch klar. Auch die Argumente, bei Umbauten und Abbrüchen von städtischen Liegenschaften nicht vermehrt auf die Wiederverwertung der Bauteile zu achten, hinterlassen einen defensiven Eindruck. Interessant ist der Hinweis, dass es eine stadtinterne Bauteilbörse gibt. Haushaltgeräte wiederzuverwenden ist nicht sinnvoll. Es gibt aber sicherlich Bauteile, die innerhalb der Stadt wiederverwendet werden könnten. Mich erstaunt, dass in der Antwort des Gemeinderats nirgends das private Baugewerbe oder die Immobilienbranche erwähnt wird. Mit dem Einbezug von grossen «Playern» wie Wohnbaugenossenschaften könnte die Wiederverwendung der Bauteile ausgebaut werden, davon bin ich überzeugt. Ich bin grundsätzlich damit einverstanden, den Vorstoss als erfüllt abzuschreiben, werde mir jedoch überlegen punktuell weitere Vorstösse einzureichen.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nimmt von der Antwort des Gemeinderats Kenntnis. Der Gemeinderat legt ausführlich dar, wie die Wiederverwendung von Bauteilen stadintern organisiert ist. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist die heutige Praxis zielführend. Mit geringen Mitteln wird ein relativ hoher Nutzen erreicht. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich verstehe ein Stück weit die Enttäuschung von Herrn Grupp. Ich erhoffe mir auch die breitere Wiederverwendung von Bauteilen. Intakte Bauteile weiter zu verwenden ist wichtig. Die Stadt Biel ist mit der Bauteilbörse Syphon AG in Kontakt. Mit den Abteilungen Hochbau und Liegenschaften besuchte ich das beeindruckende Lager, das auch Privaten offensteht. Ich habe dort eine Lampe gekauft, die vorher in der Schweizer Botschaft in Kopenhagen stand. Die Syphon AG stellt Bauteile zur weiteren Verwendung wieder in Stand. Die Wiederverwendung ist jedoch aufgrund der eingeschränkten Auswahl limitiert und vor allem für einzelne Wohnungen möglich. Herr Grupp erwähnte den fehlenden Einbezug der Wohnbaugenossenschaften. Ich nehme diesen Hinweis gerne entgegen und kläre ab, wie das Angebot bekannt gemacht werden könnte. Ich denke, es geht wirklich darum, das Angebot bekannt zu machen damit dieses nicht nur von der Stadt, sondern auch von Dritten genutzt wird.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

17. Überparteiliches Postulat 20190128, Christoph Grupp, Grüne, Franziska Molina, EVP, Maurice Rebetez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Alfred Steinmann, SP, Andreas Sutter, FDP, Julien Stocker, GLP, «Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Grupp Christoph, Grüne: Der vorhin verwendete Begriff «defensiv» gilt auch für diesen Vorstoss. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort zwar, dass er, wann immer möglich, die Anschaffung von Elektrofahrzeugen priorisiert. Ich vermisse das Herzblut für diese Sache. Gerade für eine Stadt wie Biel mit kurzen Distanzen für die Einsätze der städtischen Angestellten, bietet sich der Gebrauch von Elektrofahrzeugen an. In der Beantwortung des Gemeinderats fehlen Zahlen- oder Prozentangaben zum städtischen Fahrzeugpark. Also habe ich in letzter Zeit darauf geachtet, wie viele Fahrzeuge mit dem städtischen Logo mit Verbrennungs- oder Elektromotor unterwegs sind. Aufgefallen sind mir lediglich ein paar Elektrofahrzeuge des Energie Service Biel/Bienne (ESB). Vielleicht täusche ich mich, aber ich habe den Eindruck, dass der Anteil an Elektrofahrzeugen bei der Stadt sehr tief ist. Ich hoffe, dass mit der Priorisierung der Anteil rasant steigen wird. Klar ist, dass Elektrofahrzeuge nicht nur sauber sind, sondern auch einen hohen Anteil an grauer Energie aufweisen. Inzwischen wurde aber die Lebensdauer der Batterien verbessert. Die Stadt Thun beispielsweise hat vor kurzem die ersten Elektrofahrzeuge für die Müllabfuhr angeschafft. Im Gebrauch wurde festgestellt, dass die Lärmbelastung deutlich geringer ist als vorher. Gerade bei Nutzfahrzeugen ist dies ein zusätzlicher willkommener Effekt. Ich bin gewillt zu vermuten, dass der Gemeinderat die Absicht hat, den Prozentsatz an städtischen Elektrofahrzeugen massiv zu erhöhen. Bei den Ladestationen ist dieselbe Richtung einzuschlagen. Ich gehe davon aus, dass auch diese stetig zunehmen werden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des vorliegenden Postulats.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Bei der Elektromobilität stellt sich das Problem in der Materialgewinnung für die Herstellung der Batterien. Das Recycling der Batterien ist nicht gewährleistet aber auch die Entsorgung ist problematisch. Als Alternative bietet sich Wasserstoff, natürlich nicht für die Velos, an. Wasserstoff ist ein besserer Energieträger als elektrische Energie in einer Batterie. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen sind nicht nur Elektro-, sondern auch Wasserstofffahrzeuge zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Wasserstoff sind einerseits besser in der Reichweite und andererseits schneller zu betanken. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird das Postulat nicht erheblich erklären.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Ich äussere mich nicht nur als Fraktionssprecher, sondern auch als Mitpostulant. Ich knüpfe an die Bemerkungen meines Vorredners an. Um die Verbreitung der Elektromobilität zu verzögern wird immer der Wasserstoff angeführt. Ein Problem mit Wasserstoff ist, dass es in der Schweiz zur Zeit genau zwei Tankstellen gibt. Das heisst, zum tanken muss im Schnitt 250 km weit gefahren

werden. Einem breiten Einsatz mit Wasserstoff ist dies nicht gerade förderlich. Ausserdem ist die Produktion von Wasserstoff aus überschüssigem Strom ineffizient. Wasserstoff ist also bis auf weiteres Zukunftsmusik und macht bis jetzt nur in kleinen Nischen Sinn. Unbestritten ist hingegen, dass die Batterie in elektrisch betriebenen Fahrzeugen für die nächsten zehn Jahren der sinnvollste Antrieb ist.

Christoph Grupp hat vorhin erwähnt, dass die Antwort des Gemeinderats zu wenig offensiv ausfällt. Dieser Meinung bin ich auch. Es könnte deutlich mehr getan werden. Bei der Beschaffung von Fahrzeugen könnte ausschliesslich auf Elektroantrieb gesetzt werden. Die gesamte Flotte von Personenwagen bis zu kleinen Lieferwagen mit Elektromotor ist auf dem Markt erhältlich. Das hauptsächliche Problem besteht darin, dass es in Biel nur vier Ladestationen gibt. Ausserdem ist die Einrichtung beispielsweise in der Einstellhalle der Tissot-Arena unnötig kompliziert. Ohne Karte muss zuerst mit einer App der QR-Code eingelesen werden. Nachdem das fünf Mal nicht funktioniert hat, gab ich auf. Bei Fahrzeugen zur Müllabfuhr und Feuerwehrfahrzeugen bin ich skeptisch. Diese fahren zu wenig Kilometer als dass sich ein Elektroantrieb lohnen würde. Bei den Müllabfuhrwagen benötigen die Nebenaggregate dermassen viel Strom, dass die Batterie rasch leer ist. Wenn aber in Biel beispielsweise 50 Schnellladestationen vorhanden wären, könnte das Müllabfuhrfahrzeug durchaus nachladen. Mit einem offensiveren und mutigeren Vorgehen, könnte mit der Elektromobilität in der Stadt wesentlich schneller vorwärts gemacht werden.

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ unterstützt das Postulat und den Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung. Bezüglich der Ladeinfrastruktur ist die Antwort des Gemeinderats zurückhaltend. Er schreibt: *«Die Bereitstellung von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge bei städtischen Immobilien richtet sich aktuell nach der Nachfrage»*. Ich denke, hier trifft die Frage nach dem Huhn oder dem Ei zu. Was war zuerst da? Die Infrastruktur kann trotz Bedarf nur genutzt werden, wenn sie da ist. Hier sollte also zuerst das Angebot geschaffen werden. Der Gemeinderat erachtet die Elektromobilität ja durchaus als förderungswürdig. Bei den geringen Lademöglichkeiten entscheiden sich die Leute aus Bequemlichkeit dann aber doch für ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. Ich denke, die Stadt Biel könnte einen Schritt machen und sicherstellen, dass die städtischen Angestellten am Arbeitsplatz eine Lademöglichkeit für ihr Elektroauto haben.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Dem Gemeinderat ist es durchaus ernst mit der Förderung der Elektromobilität. Die Vorteile der Elektrofahrzeuge liegen nicht nur in der Reduktion des CO₂-Ausstosses, sondern auch in der Lärminderung. Inzwischen sind viele verschiedene Modelle, auch Nutzfahrzeuge mit Elektroantrieb auf dem Markt erhältlich. Heute sieht es so aus, dass sich zumindest für die nächsten Jahre, bei den Nutzfahrzeugen der Elektroantrieb als Alternative zum Verbrennungsmotor durchsetzen wird. Nicht nur Thun, auch andere Gemeinden wie Bern, Lausanne und Basel setzen Elektro-Kehrlichfahrzeuge ein. Diese Fahrzeuge können einen ganzen Tag unterwegs sein, ohne nachzutanken. Die Stadt Biel hat bereits elektrische Wischmaschinen auf den Strassen im Einsatz. Der Gemeinderat prüft bereits heute bei der Ersatzbeschaffung von jedem Fahrzeug die Variante mit Elektroantrieb. Bei der Auswahl werden nicht nur die Anschaffungskosten berücksichtigt, sondern auch die weiteren Kosten über die ganze Lebensdauer des Fahrzeugs. Dem städtischen Personal stehen im Moment vier Lademöglichkeiten zur

Verfügung. Der Gemeinderat ist daran, weitere Standorte zu prüfen. Die öffentlichen Parkhäuser wurden in Zusammenarbeit mit dem ESB mit Ladestationen ausgerüstet. Ich danke Ihnen für die Zustimmung der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats.

Gugger Reto, BDP: Ich habe eine Anschlussfrage an den Gemeinderat: Wird bei den Vergleichen zwischen konventionellen Verbrennungsmotoren und Elektrofahrzeugen auch berücksichtigt, dass die Elektrofahrzeuge viel weniger wartungsintensiv sind und so Einsparungsmöglichkeiten bieten?

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Unterhaltskosten werden in die Kostenbeurteilung bei der Anschaffung miteinbezogen. Der Gemeinderat hat die Fahrzeugbeschaffung restrukturiert und optimiert.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Morgen Abend wird zuerst über die Verschiebung der Motion 20190175 «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5» abgestimmt. Ich hoffe, dass die sehr gute Disziplin von heute weitergeführt wird.

Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:00 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane